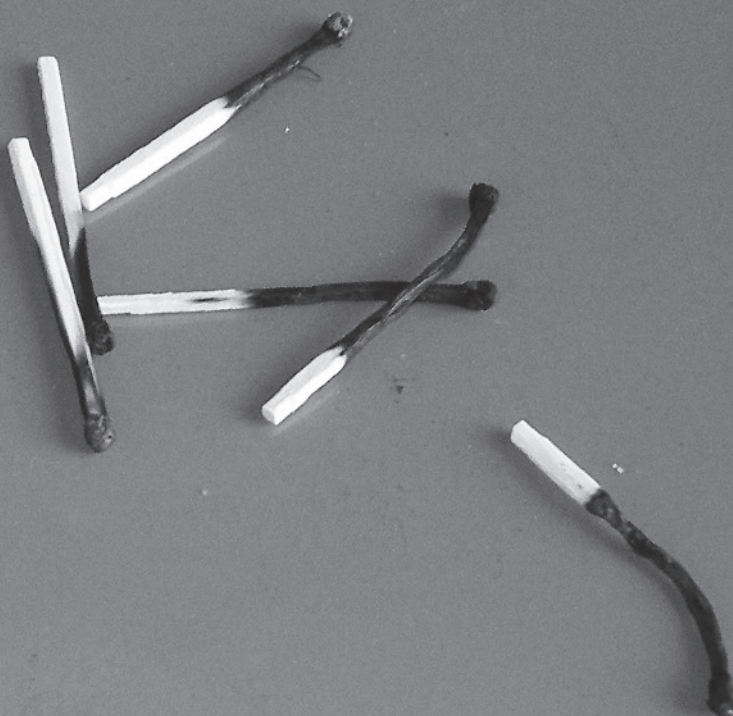


BULLETIN

NUMMER 4 | DEZEMBER 2017



-
- * 4 Wahlen - Reif für den Stadtrat *
 - * 6 Crypto Valley - Im Bann der Blockchain *
 - * 14 Kantonsrat - Beschämende Praktiken *
 - * 19 Abstimmung - Nein zum Sendeschluss *
 - * 22 Klimaschutz - Alle reden darüber *
-

3 Editorial

Paradise Lost

4 Wahlen

Reif für den Stadtrat

5 Regierungsrat

Komplexe Aufarbeitung

6 Crypto Valley

Im Bann der Blockchain

10 Bahn

Weichen richtig stellen

12 Ausbeutung

Mahnwache

13 Ausbeutung

Kehrseite des Reichtums

14 Kantonsrat

Beschämende Praktiken

16 Grünspecht

Cassis in der Falle

17 Initiative

Vom Acker auf den Teller

18 Initiative

Hoffentlich läuft's rund

19 Abstimmung

Nein zum Sendeschluss

20 Flucht

Alltag im Lager

22 Klimaschutz

Alle reden darüber

25 Initiative

Atomkraftwerke abschalten

26 Gestreift

Ein flotter Rabatt

26 Service

Kino

Veranstaltung

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Umschlagbild: «Immer am Zeuseln» – mit dem Geld, mit der Demokratie, mit dem Klima, ...

Paradise Lost

Philippe Koch, Vorstand umverkehR/Dozent ZHAW



Als ich den ersten Artikel zu den Paradise Papers las, war ich empört, aber nicht überrascht. Was da stand, war nicht neu. Bereits im EvB-Buch Rohstoffe konnte man nachlesen, wie Steueroptimierung und -vermeidung funktioniert. Mein erster Gedanke war also eher ein resignierter: «Es gibt halt Leute, die können sich dem Recht entziehen.» Doch der wurde bald vom nächsten Gedanken revidiert: «Was da beschrieben wird, ist ja legal, innerhalb des Rechts. Die entziehen sich nicht dem Recht, sondern sie handeln innerhalb des legalen Rahmens.» Legal vielleicht, aber nicht legitim. Dies ist ja das eigentlich Empörende: Dass für Superreiche und global operierende Unternehmen die rechtliche Möglichkeit geschaffen wird, sich dem staatlichen Zugriff zu entziehen. Dies ist die Umkehrung der liberalen Idee des Rechtsstaats: Aus liberaler Sicht soll nämlich Recht Gewähr bieten, dass der

übermächtige Staat nicht grundlegende Freiheitsrechte ritzt. Gegenwärtig schafft das Recht Lücken, durch die zwar die Reichsten, nicht aber der demokratisch verfasste Staat schlüpfen kann. Der Staat wird machtlos. Was sagt das über den Zustand der Demokratie aus? Das Recht fliegt ja nicht vom Himmel. Es sind gewählte ParlamentarierInnen und Regierungsmitglieder, Verwaltungsmitarbeitende, ExpertInnen und LobbyistInnen, die innerhalb demokratischer Verfahren jene unverständlichen Paragraphen formulieren, verabschieden und umsetzen, die die Lücken öffnen und damit die Legitimität «der Politik» untergraben. Leute wie Thomas Aeschi und Konsorten, die am Sonntag in Festzelten die Schweiz hochleben lassen, arbeiten wochentags daran, dass die Reichen und Mächtigen sich aus dem nationalen Solidariuszusammenhang verabschieden können. Was also vielerorts beklagt wird, nämlich dass in den gegenwärtigen hyperdiversen Gesellschaften der soziale Kitt fehlt, zeigt sich genau in diesem Verhalten. Es gibt Menschen – nicht nur Superreiche – die glauben nicht mehr an «die» Gesellschaft, fühlen sich ihr gegenüber zu nichts verpflichtet. Nur darum wird die Lücke zwischen dem, was legal ist, und dem, was als legitim gelten kann, stetig grösser. Ja, tatsächlich, ich denke, das ethische Fundament, das uns als BewohnerIn des Hier und Jetzt zusammenhalten soll, schwindet.

Aber das ethische Fundament lässt sich nicht stabilisieren, indem wir des Rütlichschwurs oder Morgarten gedenken. Es braucht gesellschaftlich (und nicht rechtlich) verankerte Prinzipien des Zusammenlebens für das Jetzt, die eher an Bricolage, denn an monochrome Bilder denken lassen. Die ethische Grundlage unserer Demokratie ist fragil (und war es notabene immer schon). Der Rechtsstaat ist zudem nicht (mehr) Garant dieser schwindenden Grundlage, sondern arbeitet teilweise unmittelbar an deren Auflösung. Das Verhältnis zwischen Grundrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie muss aus linker Sicht neu vermessen werden.* Ein wichtiger Schritt hierzu besteht darin, Demokratie wieder umfassend zu denken: Demokratie findet nicht allein im Parlament statt. Demokratie steht für viel mehr: Für sich stets ausweitende Mitwirkungsrechte aller, für die Möglichkeit, sich selber zu regieren und nicht nur zu wählen und abzustimmen. Dass wir uns immer als Einzelner, aber auch als Teil eines Kollektivs mit unklaren, nicht abschliessend bestimmbar Grenzen sehen. Schliesslich: Recht ist nur insofern legitim als es zu einer Demokratisierung der Lebensverhältnisse beiträgt und die Solidarität unter Ungleichen stärkt. Wenn jedoch selbsternannte LeistungsträgerInnen mit freundlicher Unterstützung rechtsbürgerlicher PolitikerInnen diese Solidarität verhöhnen, spätestens dann ist es für die Linke an der Zeit, umfassende Demokratisierung zu thematisieren und auch zu leben. ■

* Siehe: «Die Dialektik von Grundrechten und Demokratie» von Stephan Bernard, Viktor Györfy, Philippe Koch und Magda Zihlmann im Jahrbuch 2017 des Denknetz.

Reif für den Stadtrat

Stefan Hodel, Fraktionschef, Alternative – die Grünen Zug

4 **An Allerheiligen hat die ausserordentliche Mitgliederversammlung der Alternative – die Grünen der Stadt Zug Astrid Estermann als Kandidatin für den Stadtrat nominiert. Astrid meint es ernst, dies hat sie auch in einem Interview bei «Zentralplus» aufgezeigt.**



Der Countdown läuft, in weniger als einem Jahr, am 7. Oktober 2018, werden, wie alle vier Jahre, die Mitglieder der Exekutiven und der Legislativen der Stadt Zug gewählt. Unsere Partei freut sich sehr, dass eines der engagiertesten Mitglieder sich zur Wahl als Stadträtin stellt. Astrid Estermann wird an der Seite von Vroni Straub (CSP) den Wahlkampf bestreiten. Warum hat Astrid gute Chancen gewählt zu werden? Sie hat einen sehr guten beruflichen Hintergrund. In den vergangenen Jahren hat sie sich laufend weitergebildet. Sie ist diplomierte Sozialarbeiterin, machte später den Bachelor in Recht und schliesst nun bald zusätzlich eine Weiterbildung in Organisationsberatung und Coaching ab. Sie hat Führungserfahrung, leitet sie doch ein Team von 35 Mitarbeitenden. Als Berufsbeiständin im Bereich Erwachsenenschutz hat sie viel mit Menschen zu tun, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Es ist eine sehr herausfordernde Tätigkeit, bei welcher es täglich gilt, die Übersicht zu bewahren und Entscheidungen zu treffen, welche weitreichende Folgen haben.

Engagement mit Kopf und Herz

Astrid hat sich aber auch neben Ihrer beruflichen Tätigkeit einen guten Namen gemacht seit sie 1996 in der Stadt Zug eine Wohnung fand. Sie lebt nun schon mehr als 20 Jahre im Quartier Gartenstadt. Für dieses Quartier westlich des L&G Areals setzt sie sich mit viel Herzblut ein, sie wehrt sich im Verein Pro Gartenstadt gegen den Abriss von Häusern mit preisgünstigen Wohnungen, sie setzt sich ein für das Quartier mit guter sozialer Durchmischung. Seit vielen Jahren ist sie aktiv bei Pro Velo, sie war deren Präsidentin, sie macht mit an der Velobörse und engagiert sich in der politischen Arbeitsgruppe von Pro Velo. Seit 2003 ist sie Mitglied des Stadtparlamentes, sie gehört somit zu den Gemeinderäten mit der grössten Erfahrung. Sie war Mitglied der Bau- und Planungskommission und des Büros des Grossen Gemeinderates. Als Gemeinderätin hat sie in den vergangenen 14 Jahren viele Vorstösse eingereicht, so zu den Themen Bike to School, preisgünstige Wohnungen oder zu Gunsten der 2000-Watt-Initiative.



Wahlen bedeutet Wahlkampf und bei den PolitikerInnen der Alternativen – die Grünen bedeutet es auch, dass die Wahlkampfkasse selber zum Klingeln gebracht werden muss. Dieses Bild entstand am Sponsorenlauf (auf Inline-Skates) im September 2010.



Astrid Estermann kandidierte im Jahr 2006 für den Stadtrat und den Grossen Gemeinderat in der Stadt Zug. Dies gemeinsam mit Berty Zeiter, die sich für Baar nominieren liess. Die Nominationsveranstaltung wurde durch eine Sonderfahrt mit einem ZVB-Bus gekrönt.

Es macht Freude, mit ihr zusammenzuarbeiten. Sie ist sehr zuverlässig, teamfähig und engagiert. Astrid ist motiviert und ernsthaft interessiert, das anspruchsvolle Amt als Stadträtin zu übernehmen. Ich bin überzeugt, dass sie die Fähigkeiten hat, in der Exekutive unserer Stadt Verantwortung zu übernehmen. ■

Komplexe Aufarbeitung

Manuela Weichelt-Picard, Frau Landammann Kanton Zug

Die so genannte «Wiedergutmachungsinitiative» ist nicht nur für Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen von Bedeutung. Sie soll generell das Bewusstsein für das vom Staat verantwortete Unrecht schärfen. Auch im Kanton Zug.

«AFZFG»: Eine unschöne Abkürzung für jenes Bundesgesetz, das seit dem 1. April 2017 in Kraft ist, um fürsorgerische Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 aufzuarbeiten. Hinter den sperrigen Grossbuchstaben versteckt sich das Leid einer Vielzahl Menschen in der Schweiz, denen als Kind oder Jugendliche grosses Unrecht widerfahren ist. Dazu zählen insbesondere die faktisch durch die Behörden entrechteten «Verdingkinder», die als billige Arbeitskraft ausgenutzt, misshandelt bzw. missbraucht wurden. Dazu gehören aber auch damals bereits erwachsene Menschen, deren physische oder psychische Integrität schwer beeinträchtigt worden ist. Ledigen Müttern oder suchtkranken Vätern wurden ihre Kinder weggenommen, junge Menschen wegen so genannt «liederlichen Lebenswandels» eingesperrt, zwangssterilisiert oder -kastriert, Adoptionen von den Behörden angeordnet, nur weil jemand in Bezug auf seine Lebensführung nicht den gängigen, d.h. vor allem bürgerlichen Moral- und Wertvorstellungen entsprach.

Bis Ende März 2018 haben die Opfer Zeit, einen Solidaritätsbeitrag zu beantragen. Dafür wendet der Bund maximal 300 Millionen auf, wobei die Höhe der ausbezahlten Summe pro Person letztlich von der Anzahl der Opfer abhängt, deren Gesuch gutgeheissen wird. Der Bundesrat rechnet schweizweit mit 12 000 bis 15 000 betroffenen Personen. Im Kanton Zug wird mit rund 40 Gesuchen gerechnet. Ausgehend von dieser Schätzung soll jedes Opfer einen Betrag von 20 000 bis maximal 25 000 Franken erhalten. Der Zuger Regierungsrat unterstützt – unabhängig von den Zahlungen durch den Bund – bereits

einen Soforthilfefonds mit einem Beitrag aus dem Kantonalen Lotteriefonds in der Höhe von rund 72 000 Franken. Gleichzeitig hat er aber auch Massnahmen getroffen, damit Betroffene und deren Angehörige bei der Aufarbeitung ihrer Geschichte Support erhalten.

Mit Regierungsratsbeschluss vom 24. Januar 2017 wurde das Staatsarchiv beauftragt, die kantonsweite Koordination bei der Abklärung der Aktelage in allen einschlägigen öffentlichen und privaten Archiven zu übernehmen. Am 5. Mai 2017 schloss der Kanton Zug mit der Frauenzentrale Zug schliesslich rückwirkend auf den 1. Januar 2017 eine Leistungsvereinbarung für die Jahre 2017 und 2018 ab und beauftragte diese mit dem Führen einer kantonalen Anlaufstelle. Diese berät und unterstützt Betroffene und Angehörige bei der Vorbereitung und Einreichung ihrer Gesuche um Gewährung des Solidaritätsbeitrags. Sowohl das Staatsarchiv wie auch die Frauenzentrale leisten engagierte und professionelle Arbeit. Bis Ende 2016 konnten zwölf Fälle bearbeitet werden. Im Jahr 2017 sind (Stand Oktober) zwölf weitere Fälle hinzugekommen.

Obwohl schweizweit und kantonsweit viel Aufklärungsarbeit geleistet wurde, ist jedoch noch unklar, ob sich tatsächlich alle Betroffenen melden werden. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Viele Anspruchsberechtigte wollen oder können dem Staat nicht verzeihen, der sie in ihrer sozialen, gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Entwicklung und Entfaltung schwer beeinträchtigt und fürs Leben gezeichnet hat. Man muss es ganz klar sagen: Die Opfer der Zwangsmassnahmen sind vom Staat zu Menschen zweiter Klasse degradiert worden.

Die Botschaft, die wir als Kanton an diese Menschen richten, erschöpft sich darum nicht in erster Linie in der Aufforderung, eine bestimmte Geldsumme, die ihnen zusteht, einzufordern und abzuholen, damit der Staat das Thema «ad acta» legen kann. Darüber hinaus gibt das staatliche Gemeinwesen als Ganzes ein Statement ab, das da lautet: Wir nehmen diese Menschen ernst, anerkennen das geschehene Unrecht, lernen aus der Geschichte für die Zukunft und sorgen dafür, dass solches sich nicht wiederholt.

5



SOLIDARITÄTSBEITRAG
FÜR VERDING- UND HEIMKINDER UND ANDERE
OPFER FÜRSORGERISCHER ZWANGSMASSNAHMEN

GESUCHE STELLEN

CONTRIBUTION DE SOLIDARITÉ
ENFANTS PLACÉS DE FORCE ET AUTRES VICTIMES DE
MESURES DE COERCITION À DES FINS D'ASSISTANCE

DÉPOSER UNE DEMANDE

CONTRIBUTO DI SOLIDARIETÀ
PER COLLOCATI A SERVIZIO E IN ISTITUTO E ALTRE
VITTIME DI MISURE COERCITIVE A SCOPO ASSISTENZIALE

FARE DOMANDA

Bild: Bundesamt für Justiz

Im Bann der Blockchain

Von Marco Knobel, Junge Alternative Zug

6 «Jetzt kommt die Blockchain», titelte die WOZ im vergangenen Juli. In Zug ist die Blockchain längst angekommen. Dass die Stadtverwaltung Bitcoins als Zahlungsmittel akzeptiert, ist längst bekannt. Dass der Boom der digitalen Währungen in Zug kreative Start-ups, aber auch dubiose Blockchain-Firmen und Geldwäschereiskandale hat entstehen lassen, bekommt aber kaum jemand mit. Höchste Zeit, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen.

Die konzeptionellen Grundlagen für Blockchains wurden in den 90er-Jahren erarbeitet und seit acht Jahren besteht mit Bitcoin eine Währung, die auf dieser Technologie basiert. Eine verständliche Erklärung, was eine Blockchain ist und wie sie genau funktioniert, würde locker eine Bulletin-Ausgabe füllen. Hier muss eine stark vereinfachte Erklärung ausreichen.

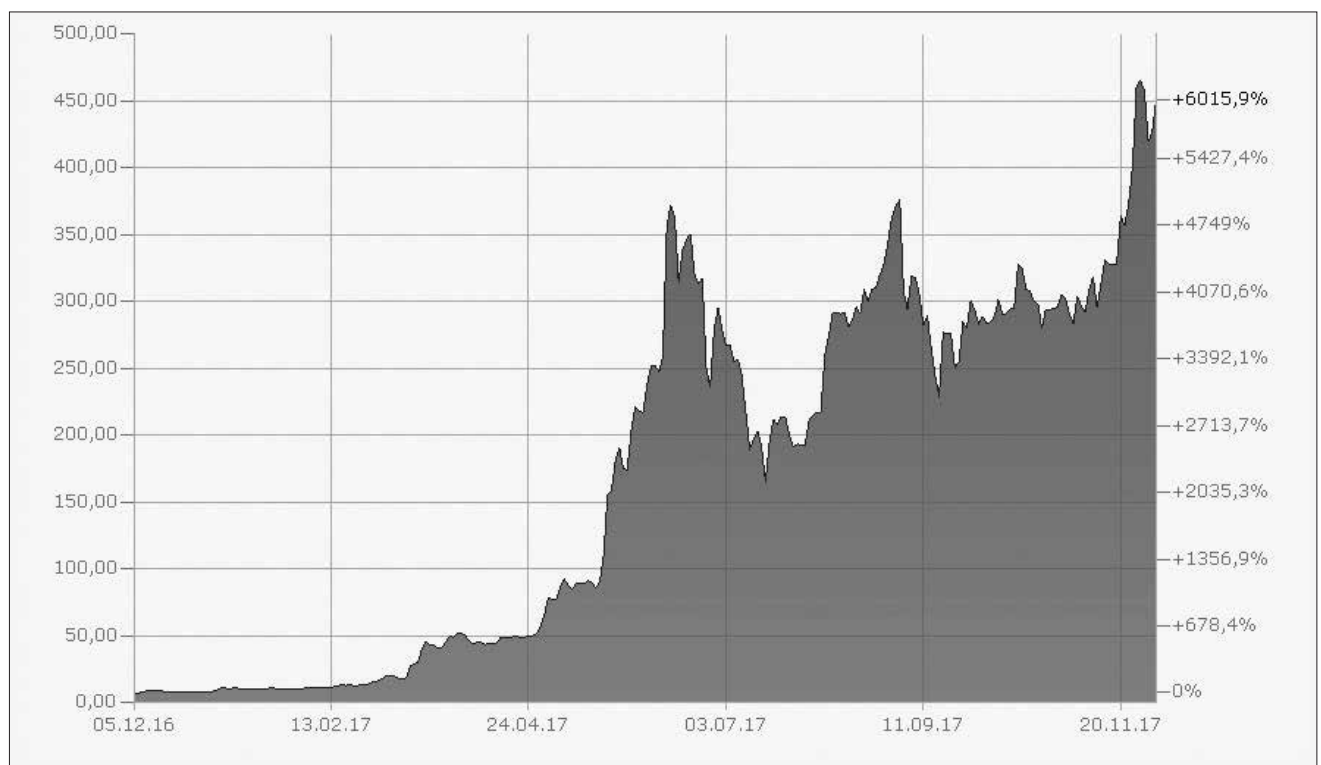
Was ist eine Blockchain?

Eine Blockchain ist eine Reihe von Datensätzen (bzw. Datenblöcken), bei der jeder Datensatz eine kryptogra-

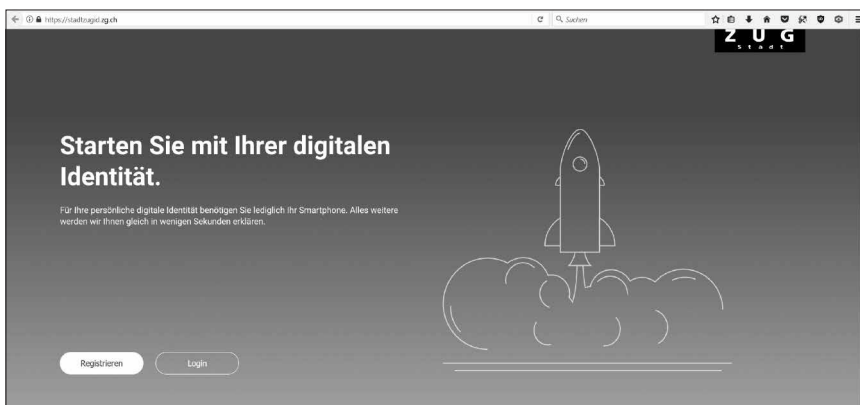
fische (also verschlüsselte) Kurzzusammenfassung des vorhergehenden Datenblocks enthält. Ein neuer Datenblock garantiert somit, dass der vorhergehende Block nicht nachträglich manipuliert werden kann. Dank dem Internet ist es egal, wo die einzelnen Datenblöcke sich befinden. Sie können über die ganze Welt verteilt sein. Währungen wie Bitcoin basieren auf solchen Datenblock-Ketten. Eine auf Blockchain basierte Währung benötigt keine Bank, um sie sicher zu horten. Auch für die damit getätigten Transaktionen sind keine Banken als Vermittler erforderlich. Dafür reicht

die öffentliche, über die ganze Welt verteilte und manipulationssichere Blockchain-Datenbank, die alle jemals getätigten Transaktionen dokumentiert – und zwar anonymisiert. Deswegen ist zum Beispiel von Bitcoin die Rede. Blockchain-basierte Währungen sind das digitale Pendant zu Bargeld. Ein wesentlicher Unterschied: Damit sind anonyme Transaktionen nicht nur vor Ort, sondern weltweit möglich. Internationale Transaktionen sind trotz momentanen Auslastungsproblemen schnell und günstig getätigt.

Eine Revolution mit Schattenseiten
Sicheres Geld, das keine Banken oder Staaten braucht, unkompliziert und anonym transferiert werden kann und von einer Community betrieben wird – das klingt toll. Aber es wirft auch Fragen auf. Wie werden Geldwäscherei und Steuerhinterziehung verhindert? Können Vermögen, Trans-



Davon träumen SpekulantInnen: Kursentwicklung der Kryptowährung «Ether» (Bild finanzen.ch).



So wirbt die Stadt Zug für die digitale Identität (Bild Stadt Zug).

aktionen und Kapitalgewinne überhaupt besteuert werden? Greifbare Lösungen sind nicht in Sicht.

Die unglaubliche Kursentwicklung des Bitcoins erzählt gleichzeitig auch dessen Geschichte. Anfänglich war die virtuelle Währung kaum akzeptiert. Verwendung fand der Bitcoin hauptsächlich für illegale Zwecke, vor allem beim Handel mit Drogen, Waffen, Diebesgut und Kreditkartendaten. 2013 gelang es dem FBI, den grössten anonymen Online-Marktplatz zu schliessen – der Wert des Bitcoins brach zusammen. Und als 2014 bei einem Hackerangriff auf die damals grösste Handelsbörse Mt. Gox über eine halbe Million Bitcoins (heutiger Wert: rund 4,5 Milliarden Franken) geklaut wurden, gab es eine erneute Talfahrt. Seitdem scheint aber alles rundzulaufen, und neue Geschäftsmodelle treiben den Kurs gegenüber den traditionellen Währungen in ungeahnten Höhen – bis zum nächsten Skandal?

Ein ökologisches Desaster?

Die Berechnung der Datenblöcke der Bitcoin-Blockchain erfolgt dezentral und die minimalen Transaktionsgebühren sind eine Art Belohnung für jene, die die Rechenleistung ihrer Computer zur Verfügung stellen. Global gesehen ist dafür eine enorme Rechenleistung notwendig. Das Online-magazin Vice berechnete bereits 2015,

dass der Betrieb des Bitcoin-Netzwerkes gleich viel Energie verschlingt wie 173 000 US-amerikanische Haushalte. Das Transaktionsvolumen hat sich seither mehr als verdoppelt. Heute verbraucht Bitcoin gemäss dem Blog «energisch.ch» Strom im Umfang von mindestens 1000 MW, also der Leistung des AKW Gösigen. Eine einzige Bitcoin-Geldüberweisung braucht gemäss dem genannten Blog rund 33 kWh Strom. Zum Vergleich: Ein durchschnittlicher Schweizer Haushalt verbraucht pro Tag nicht einmal die Hälfte.

Mehr als nur Geld

Dass Leistungen der Stadtzuger Einwohnerkontrolle mit Bitcoins bezahlt werden können, sorgte 2016 für Schlagzeilen, blieb aber eher ein

Standortmarketing-Gag. Einen regelrechten Boom bei der Niederlassung von Blockchain-Unternehmen löste jedoch etwas ganz anderes aus. Das junge russische IT-Wunderkind Vitalik Buterin entwickelte 2015 mit weiteren Expats in einer Inwiler Luxusvilla die Blockchain Ethereum. Die neue Kryptowährung Ether wurde lanciert (Kursgewinn im Frühling 2017: +3000%), die Technologie dahinter kann jedoch viel mehr. Auf der neuen Blockchain können intelligente Verträge, Abonnemente, Wetten oder Finanzderivate abgebildet werden. Ein russisches Start-up mit Niederlassung in Zug arbeitet derzeit an einem anonymen Facebook, das ausschliesslich auf dieser Technologie beruht. Und die Stadt Zug lancierte eine digitale ID auf Ethereum-Basis und kündigte eine E-Voting-Funktion an. Grund genug, genauer hinzuschauen.

Big Business im Steuerparadies

Zwar hat Buterin Zug längst verlassen, die «Stiftung Ethereum» mit Sitz in einem – gemäss Zentralplus offenbar verwaisten – Büro an der Zeughausgasse betreut jedoch offiziell die Weiterentwicklung der Technologie. Das per Rechtsform als gemeinnützig erklärte Konstrukt ist quasi Herr über eine virtuelle Währung, die heute eine Gesamtkapitalisierung von rund 45 Milliarden Franken aufweist. Da



Der eigentliche Hauptsitz von Consensus: eine Fabrikhalle in Brooklyn (Bild Google).

8

kann nicht einmal das Bruttoinlandprodukt des gesamten Kanton Zug mithalten: 2013 belief es sich auf gut 18 Milliarden Franken.

Im Juni 2016 entdeckte ein unbekannter Hacker eine ziemlich banale Schwachstelle in der Technologie und machte durch deren Ausnutzung 3,6 Millionen Ether unbrauchbar. Die Vielseitigkeit von Ethereum führte aber trotzdem zur Gründung vieler Start-ups, die neue Anwendungen entwickelten, und Bitcoin erfuhr dank zunehmender Akzep-

tanz als legales Zahlungsmittel einen regelrechten Aufschwung.

Diesen Trend hat die Zuger Standortförderung früh erkannt. Hinter vorgehaltener Hand munkelt man, die Stadt Zug vererbe äusserst grosszügig Papiere an AusländerInnen, die in dieser neuen IT-Wunderwelt tätig sind. Das führte zu einem völlig neuen Wirtschaftszweig in der Welt der Briefkastenfirmen. Und während sich der Bund an zwei E-Voting-Pilotprojekten die Zähne ausbeisst, hat die Stadt Zug schon den nächsten Marke-

ting-Gag parat: Stolz kommunizierte die Stadt im vergangenen Juli, dass die «Zuger Firma Consensys-uPort» ein E-Voting für die Stadt entwickelt.

Viele Wege führen an die Gubelstrasse

Und wo Zuger Blockchain-Pionierprojekte sind, ist Mathias Bucher nicht weit. Der Ex-Banker begann seine Finanzmarktkarriere bei Horizon21, dem Hedge-Fund-Unternehmen des umstrittenen «Finanzzaubers» (Wirtschaftsmagazin «Bilanz») Rainer-Marc Frey. Als das Unternehmen in Schieflage geriet, gründete Bucher die – mittlerweile liquidierte – Investmentfirma All Mountain Capital. Heute hat er sich als Dozent am Institut für Finanzdienstleistungen ein neues Standbein aufgebaut und betreibt nebenbei die Lancierung einer eigenen Blockchain, deren Währung quasi wie bei einem Goldstandard durch das Einlagern von Diamanten gedeckt sein soll. Als Berater mit unklarer Rolle taucht er immer wieder an Veranstaltungen und Medieninformationen auf und scheint eine Schlüsselrolle beim Zuger Blockchain-Boom einzunehmen – so auch beim E-Voting-Projekt. Das dabei unter anderem auf der Website der Stadt Zug erwähnte «Zuger» Unternehmen Consensys-uPort existiert nicht. Gemeint ist wohl die Firma Consensys AG, die unter der Marke «uPort» eine digitale ID auf Ethereum-Basis anbietet und einen Briefkasten an der Gubelstrasse 11 hat. Im Handelsregisteramt als Direktor eingetragen ist Herbert Sterchi, der mit seiner Sielva Management AG an der Gubelstrasse 11 als Dienstleistung ein regelrechtes Sammelsurium an Niederlassungen, Blockchain-Firmen und -Stiftungen betreibt, vertritt oder beherbergt. Unternehmensgründungen in Zug bietet er auf seiner Website für ein Butterbrot an, inklusive Postweiterleitung an die eigentlichen Inhaber der Niederlassungen. Und so liegt auch der Sitz der Consensys gemäss deren

Registrar Data		Make Private
Registrant Contact Information:		
Name	WHOISGUARD PROTECTED	
Organization	WHOISGUARD, INC.	
Address	P.O. BOX 0823-03411	
City	PANAMA	
State / Province	PANAMA	
Postal Code		
Country	PA	
Phone	+507. 8365503	
Fax	+51.17057182	
Email	C3CF9BF382C14A33B980372A11117C39_PROTECT@WHOISGUARD.COM	

Was guckst du? Eine Domainhalter-Abfrage zu Consensys.com führt nach Panama zur Inhaberverschleierungs-Agentur WhoisGuard (Bild who.is).

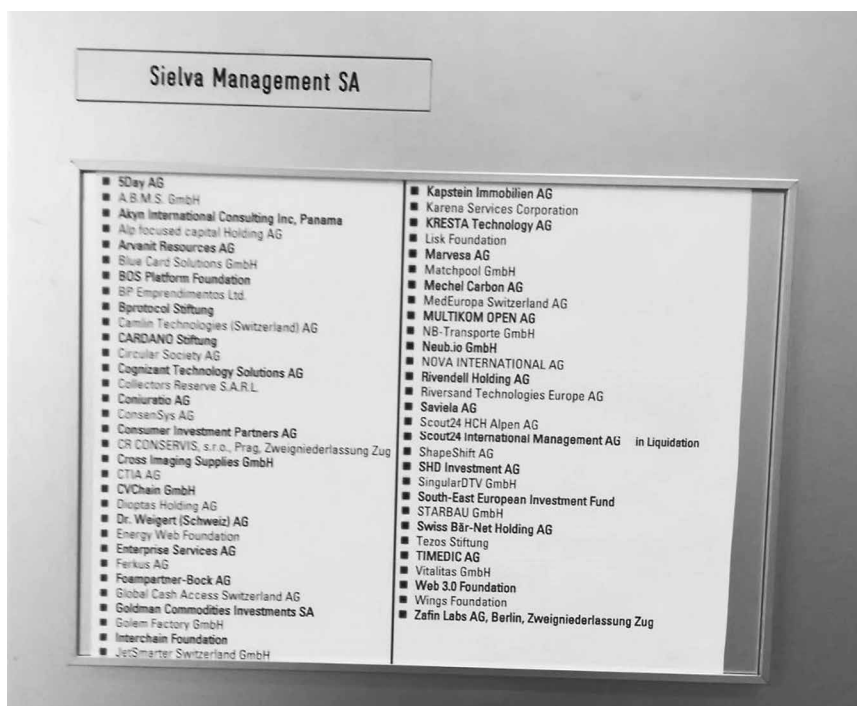
Der Trojaner WannaCry verschlüsselte Festplatten und forderte Lösegeld, welches auch in Zug gewaschen wurde (Bild Internet).

Website nicht in Zug, sondern in einer Fabrikhalle in Brooklyn. Eine Halterabfrage für die Domain der Firma gibt als Inhaber die Firma WhoisGuard Inc. aus - ein Unternehmen mit Sitz in Panama, das sich auf die Verschleierung von Domaininhabern spezialisiert hat. Eine neutrale Medienanfrage zu einem Interview über das Zuger E-Voting beantwortete ConsenSys wie befürchtet: gar nicht. Stattdessen spricht der Briefkasten der Sielva Management Bände. Dort domiziliert ist unter anderem die ShapeShift AG, die mit shapeshift.io eine anonyme Börse zum Handel von Kryptowährungen betreibt. Bernhard Neidhart, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (Volkswirtschaftsdirektion), teilte Anfang Jahr mit, dass von solchen Unternehmen keine Banklizenz gefordert werde. Und so kam es, wie es kommen musste. In die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gelangte die genannte Firma im vergangenen Sommer, weil offenbar grosse Beträge aus Erpressungszahlungen über ihre Handelsbörse gewaschen wurden. Die Details zu diesem Schwarzgeldskandal enthüllte unter anderem Thomas Fox im Wirtschafts-magazin «Forbes»¹.

Dicke Post

Während die Sanierung des Postplatzes verzögert wird, kehrt im alten Postgebäude neues Leben ein. Nicht wie vom Stadtpräsident erhofft wird eine öffentliche Nutzung Einzug halten. Die Post vermietet die Lokalität an ein Co-Working-Unternehmen. Es wird flexible, supertemporäre Büros zur Tagesmiete anbieten. Fokus: Firmen der Fintech- und Blockchain-Branche.

Im kommenden Jahr soll eine Konsultativabstimmung zum Stadtzuger E-Voting stattfinden. Nicht in der Abstimmungsbroschüre stehen wird, dass dieses von einem intransparenten Firmenkonstrukt auf Basis einer gefährlich unausgereiften Technologie erarbeitet wird. ■



Der Briefkasten der Sielva Management: ein Sammelsurium an Niederlassungen.

1) <https://www.forbes.com/sites/thomasbrewster/2017/08/03/wannacry-hackers-use-shapeshift-to-laundry-bitcoin/#4e385b2b3d0d>

Genaueres Hinschauen tut not

Der Verfasser dieses Artikels ist ebenso wie der Zuger Stadtpräsident begeistert von den Möglichkeiten der Blockchain-Technologie. Aus purer Neugier und Sympathie hat er im vergangenen Jahr für ein paar Franken Ether erworben und konnte seine Sommerferien prompt aus den Kursgewinnen finanzieren. Wie viele andere in Zug hätte er also ein gewisses Interesse am Boom der Kryptowährungen. Wenn aber dubiose Machenschaften vor seiner Haustüre goutiert werden und für ein bisschen Standortmarketing leichtfertig mit der demokratischen Tradition jongliert wird, macht er nicht die Faust im Sack. Dieser Artikel behandelt noch nicht einmal die Spitze des Eisberges an merkwürdigen Blockchain-Geschäften, das BULLETIN wird deshalb in loser Abfolge Beiträge zu diesem Thema publizieren.

Weder der Verfasser noch die Redaktion unterstellen den erwähnten Personen und Unternehmen rechtswidriges Verhalten.

Weichen richtig stellen

Martin Stuber, Alt Kantonsrat Zug

10

Aus Sicht der Bahnfahrenden ist der Entscheid des Bundesrates zu begrüssen, dass abweichend vom ursprünglichen Vorgehen nun der Ausbauschritt 2035 geplant werden soll. Allerdings sollten wir uns nicht von der grossen Summe von 11,5 Milliarden täuschen lassen. Eigentlich müssten es mindestens 13,5 Milliarden sein.

An seiner Medienorientierung vom 9. November hat es SBB-Chef Andreas Meyer auf den Punkt gebracht: Es redet niemand mehr vom Ausbauschritt 2030 (AS 2030). Erinnern wir uns – der Bundesrat hat letztes Jahr dem BAV den Auftrag erteilt, zwei Varianten von Ausbausritten auszuarbeiten: AS 2030 für 7 Milliarden, AS 2035 für 12 Milliarden. Das hat das BAV getan, die Vernehmlassungsvorlage, welche zusammen mit drei Zusatzberichten 380 Seiten umfasst, wurde am 29. September 2017 veröffentlicht. Die Vernehmlassung dauert bis am 15. Januar 2018.

Unterhalt frisst BIF auf

Aus sicherer Quelle verlautet, dass Bundesrätin Leuthard die Obergrenze dann auf 11,5 Milliarden fixiert hat. Diese Grenze ist rein politisch gesetzt. Dahinter steckt aber ein strukturelles Problem. Aus dem Bahninfrastrukturfonds (BIF) werden nicht nur die Ausbauten der Bahninfrastruktur bezahlt, sondern auch Unterhalt und Substanzerhalt. Letztere beiden haben Priorität, was an sich sinnvoll ist – Ausbauten dürfen nicht auf Kosten des Unterhaltes gehen. In der Vernehmlassungsvorlage ist die Simulationsberechnung bis 2040 veröffentlicht worden. Sie zeigt, welcher Finanzrahmen pro Jahr für Ausbauten zur Verfügung stehen wird (vgl. Diagramm) und dass dieser langsam, aber sicher sinkt. Was auch sichtbar ist: Die 11,5 Milliarden sind ein relativ willkürlicher Betrag. Der Unterhalt frisst ja nicht 2,5 Milliarden mehr auf zwischen 2030 und 2035. 13,5 Milliarden wären wohl auch noch finanzierbar. Dies wird das Parlament entscheiden müssen.

Grosse Weichenstellung

Es ist nicht zu unterschätzen, welche Weichenstellung der AS 2035 bedeutet. Faktisch sind damit die nächsten 30 Jahre ziemlich eng vorgespurt. Dabei kommt der AS2035 angesichts der galoppierenden technologischen und kommerziellen Veränderungen eigentlich zu früh – aktuelle Stichworte sind selbstfahrende Fahrzeuge und Konkurrenz durch Fernbusse. Es ist zwingend eine Gesamtsicht des Verkehrssystems nötig. Der AS 2035 müsste sich in eine geplante Weiterentwicklung des gesamten Mobilitätssystems einfügen, und das fehlt in der Vorlage.

Zwei Beispiele mögen dies illustrieren:

- Auf den Hauptachsen des Bahnfernverkehrs macht eine systematische Konkurrenzierung durch Fernbusse keinen Sinn, es werden bloss die ausserhalb der Hauptverkehrszeiten schon bestehenden Überkapazitäten noch weiter ausgebaut. Hingegen würden dort Fernbusse als Spitzenbrecher in der Hauptverkehrszeit Sinn machen, zwingend gekoppelt mit vergleichbaren Arbeitsbedingungen für das Personal und rigorosen Sicherheitsbestimmungen.
- Selbstfahrende Fahrzeuge sollten in dichter besiedelten Gebieten ohne Tram für einen gewissen Zeitraum dem öffentlichen Verkehr als direkter Feinverteiler von und zum Bahnhof vorbehalten und bei technischer Reife rasch und gezielt ausgebaut werden. Damit würde die Vertakung des Buses mit der Bahn, wie sie heute noch sinnvoll ist, entfallen, was Bahn und Bus

mehr planerische Freiheiten gäbe und auch den modal split zugunsten des ÖV verbessern würde.

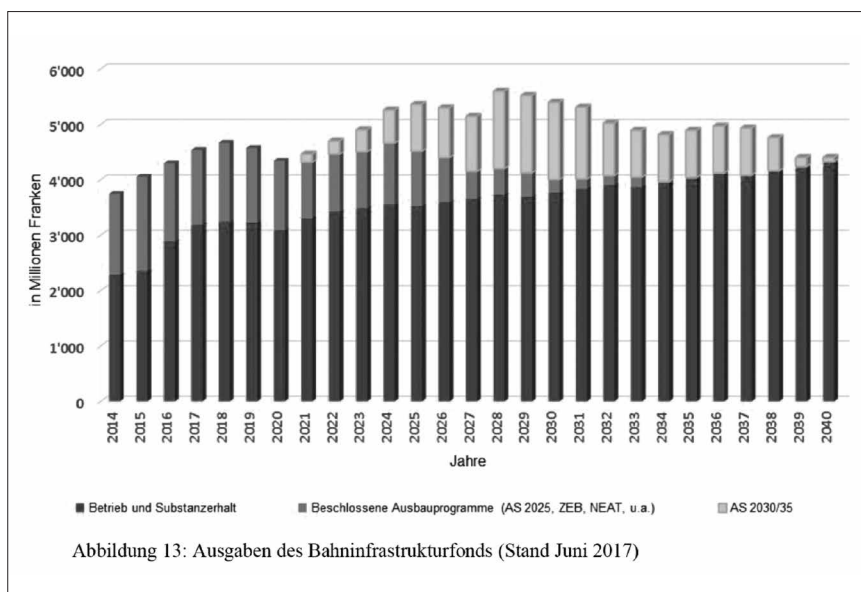
- Es wird interessant sein zu sehen, wer in seinen Stellungnahmen zur Vernehmlassung der Tragweite dieses Ausbauschnittes gerecht werden wird.

Drei Schwächen des AS 2035

1. Drei wichtige Regionen gehen leer aus Sie werden auf lange Zeit in ihrer Verkehrsentwicklung behindert:

- Basel als zweitgrösste Wirtschaftsregion der Schweiz und zentrale Schnittstelle zu unseren beiden wichtigsten Nachbarn geht praktisch leer aus. Basel «darf» gerade mal sein Herzstück planen, wenn es das selber finanziert, ohne Garantie auf Rückzahlung. Die Realisierung steht in den Sternen. Und Basels Nord-Süd-Verbindungen werden nicht verbessert, denn die eigentlich schnellere Verbindung über Luzern wird noch lange nicht ausgebaut.
- Die Zentralschweiz wird faktisch auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertröstet beim Ausbau des sich bereits heute an der Kapazitätsgrenze angelangten Bahnhofes Luzern. Der notwendige Befreiungsschlag Durchgangsbahnhof Luzern soll vom Kanton Luzern selber finanziert werden – die Aussichten auf Rückzahlung durch den Bund sind sehr klein.
- Die Ostschweiz hört für den AS 2035 praktisch in St. Gallen auf. Schlüsselprojekte wie die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke sind zwar erwähnt, aber die 100 Millionen, welche für grenzüberschreitende Projekte vorgesehen sind, reichen kaum als Feigenblatt.
- Zu Recht titelte die NZZ ihren Bericht zum AS 2035: «Viel Bahn für Zürich»!

2. Eigene Kriterien nicht eingehalten Die Vernehmlassungsvorlage gibt vor, die Ausbauten nach vier allgemeinen



Leitsätzen ausgewählt zu haben (Erläuterungsbericht Seite 7):

- Der Infrastrukturausbau richtet sich nach der zu erwartenden Nachfrage während der Hauptverkehrszeit (HVZ) im Umsetzungshorizont 2030/2035. Die Kapazität des Netzes wird erhöht, um einen stabilen Betrieb sowie die effiziente Umsetzung des Substanzerhalts und der Erweiterungen sicherzustellen. Der Ausbau der Publikumsanlagen ist voranzutreiben.
- Im Fernverkehr wird eine Attraktivitätssteigerung durch Angebotsverdichtung in ausgewählten Korridoren angestrebt. Fahrzeitverkürzungen sind nicht prioritär.
- Im Regionalverkehr wird eine Attraktivitätssteigerung durch Angebotsverdichtung innerhalb urbaner Zentren angestrebt. Die Erreichbarkeit der Tourismusregionen und die Grundversorgung ländlicher Räume sind sicherzustellen.
- Im Güterverkehr werden Voraussetzungen für eine attraktive, wettbewerbsfähige und wirtschaftliche Produktion geschaffen. Der Fokus liegt auf der

Sicherstellung der benötigten Anlagen sowie der Trassenkapazität und -qualität im Binnen-, Import- und Exportverkehr.

Ausgerechnet beim zweit teuersten Modul – dem Zimmerberg-Basistunnel II – werden diese Kriterien aber krass missachtet. Der Variantenentscheid des BAV basiert auf einer alten Kosten-Nutzen-Rechnung, in welcher der Fahrzeitgewinn entscheidend ist. Hinzukommen gegenüber dem halb so teuren Ausbau der Stammstrecke (Zimmerberg light = ZBL) nicht nachvollziehbare Aussagen zur Netzwirkung. Ein Modul mit dem Tiefbahnhof als erster Etappe und dem ZBL wurde deshalb bereits 2011 ausgeschieden. Ein solches Modul hätte finanziell im AS 2035 Platz.

Nicht recht nachvollziehbar ist bzgl. Kriterien auch die Haltung der SBB beim Lötschberg. Zwar wird bestätigt, dass der Ausbau des Lötschberg-Basistunnels gemäss den Kriterien nicht vordringlich sei, aber trotzdem unterstützen die SBB dessen Aufnahme in den AS 2035 – er müsse einfach Platz haben in den 11,5 Milliarden (Aussagen von Andreas Meyer an der SBB-Medienkonferenz vom 9.11.2017).

3. Nur ein Konzept neben anderen

Das Konzept der Vernehmlassungsvorlage ist eine Möglichkeit: der Ausbau entlang der bestehenden Kapazitätsengpässe. De facto wird mit diesem Konzept die Metropolitanisierung der Schweiz in zwei Räume – Grossraum Zürich und Arc Lémanique – weiter vorangetrieben. Die SBB haben ein eigenes Konzept entwickelt (Input SBB), welches von einem nationalen Angebotskonzept ausgeht, das den durchgehenden Halbstundentakt und auf den Hauptstrecken den Viertelstundentakt bringen soll. Interessanterweise brauchen die SBB dazu dieselben Grossprojekte, wie das BAV sie vorschlägt. Denkbar wären aber auch andere Konzepte, welche andere raumplanerische Prämissen aufnehmen (z. B. eine dezentralere Metropolitanisierung) oder welche die oben skizzierten anstehenden grossen Änderungen schon miteinbeziehen. Hier dürften die eidgenössischen Räte gefragt sein, eine Denkpause zu verordnen und das gesamte Mobilitätssystem auf den Prüfstand zu stellen. Was nicht passieren sollte: dass unter dem Eindruck des dringenden Ausbaubedarfes überstürzt gehandelt wird.

Mitsprache dank FABI

Trotz aller oben geäusserten kritischen Punkte: Dank FABI ist eine nachvollziehbare Planung des Bahninfrastrukturausbaus mit Mitsprachemöglichkeit und letzter Kompetenz des Souveräns möglich. Die Schweiz wird rundherum beneidet für die Etablierung dieses Prozesses und mit Interesse beobachtet. ■

Illustration: Vernehmlassungsverfahren
AS 2030/2035, Erläuternder Bericht
(Bild BAV)

Mahnwache

Christina Gut, Junge Alternative Zug

12

Am 13. November fand vor dem Hauptsitz von Quantum Global in Zug eine «Mahnwache gegen die Ausbeutung Afrikas durch Zuger Multis» statt, organisiert von den Alternativen – die Grünen Zug. Zum nicht neuen, aber leider durch die Paradise Papers wieder einmal aktuellen Thema sprach Christina Gut von der Jungen Alternative Zug. Hier eine gekürzte Version ihrer Rede:

Wir haben uns heute zu einer Mahnwache versammelt. Es ist nicht das erste Mal und es wird auch nicht das letzte Mal sein, dass wir auf die Unfairness auf der Welt hinweisen. Der Fall des Bankgeheimnisses, die Panama Papers haben nicht gereicht. Vielleicht die Paradise Papers? Ich gebe die Hoffnung nicht auf. Beobachter der Zuger Steueroase erfahren wenig

rechnung, die ihren Staatsfond zur Verwaltung in die Hände eines vorbestraften Vermögensverwalters gibt. Ohne vorherige öffentliche Ausschreibung, wie sie üblich wäre. Gegen diesen Kapitalisten, der sich ohne Scheu zu hohe Beratergebühren auszahlen lässt, die ihm anvertrauten Staatsgelder auch gleich zum eigenen Nutzen ausgibt und die Buchhaltung des Fonds mit



Die Rednerin an der Mahnwache trotz auch dem Regen.

Neues. Einige Geschichten klingen so absurd, dass man sie eher in einem mittelmässigen Wirtschaftskrimi erwarten würde als in den neuesten Offshore-Leaks. Ein Schweiz-Angolener, der sich an Angolas Staatsfonds bedient und sich nach dem Leak noch als Wohltäter darstellt? Wäre es ein Buch, ich würde die Augen verdrehen und es zur Seite legen. Doch diesen Mann gibt es.

Seine Firma ist hier, wo wir unsere Mahnwache halten. Eine Mahnwache für alle jene AngolanerInnen, welche hungern müssen. Gegen die Regie-

sehr fragwürdigen Methoden schön. Der schlimmste Teil des ganzen Skandals ist der Fakt, dass die ganzen Steuervermeidungspraktiken völlig legal ablaufen können. Laut OECD verliert der afrikanische Kontinent jedes Jahr 200 Milliarden an Steuergeld. Die Schweiz trägt hier eine grosse Mitschuld. Sie beherbergt viele Unternehmen, welche Menschen in Afrika zu unwürdigsten Bedingungen arbeiten lassen. Gegen die hier in Zug ansässige Glencore haben wir als Junge Alternative den Kampf schon vor Jahren aufgenommen. Doch auch

national tut sich etwas. Letztes Jahr wurde die Konzernverantwortungs-Initiative eingereicht, welche Unternehmen mit Sitz in der Schweiz verpflichten will, ihre Produktionsabläufe auf Menschenrechtsverstösse zu prüfen. Es wäre ein wichtiger Schritt, doch weitere müssten folgen. Steuerbetrügerei Unterschlupf zu bieten, ist nicht akzeptabel für einen modernen Staat.

Damit aber dieser Betrug so stattfinden kann, braucht es nebst den zahlungsunwilligen Steuerzahlern und korrupten Staatsoberhäuptern Regierungen, welche nicht so genau hinschauen und helfen, die geschaffelten Millionen auch am Sitz des Betrügers am Fiskus vorbeizuschmuggeln. Wie lange will die Regierung des Kantons Zug noch wegschauen, wenn ein Land systematisch ausgebeutet wird? Und gleichzeitig auch die Schweizer Bevölkerung hintergehen, die jedes Jahr 30 Milliarden Franken Steuergeld verliert, welches in Steueroasen versteckt wird. Zur Verdeutlichung: Rundet man die Ausgaben für alle Sozialhilfebezügler im Jahr 2015 auf, so kommt man auf 3 Milliarden Franken. Das ist zehnmal weniger, als an Steuergeldern in den gesetzlichen Schlupflöchern versickert. Der Fall Quantum ist aktuell und ein Beispiel, aufgrund dessen Zug den ersten Schritt machen könnte. Statt bei der Ausbeutung Afrikas mitzuhelfen, könnte der Kanton anfangen, die Steueroase Zug, in Wirklichkeit ein verfilzter Sumpf, auszutrocknen und eine lebenswerte Umgebung für alle zu schaffen.

Das Zuger Kantonsgericht hat den Betreiber von Quantum vor einigen Jahren wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung verurteilt. Heute ist er wieder hier und darf sein zweifelhaft verdientes Geld tief versteuern. Zug scheint nichts gelernt zu haben. Also halten wir hier unsere Mahnwache und hoffen für Afrika und für die Schweiz, dass solche Praktiken bald Vergangenheit sein mögen. ■

Kehrseite des Reichtums

Josef Lang, Zuger Alt Nationalrat

An der Mahnwache vom 13. November kam auch Jo Lang, Zuger alt Nationalrat und Steuerparadies-Kritiker erster Stunde, zu Wort. Hier eine gekürzte Fassung seiner Rede:

Vor einer Woche sind die Paradise Papers publik geworden. Ist irgendjemand von euch überrascht, dass das Zuger Tax Paradise prominent vertreten ist? Ist irgendjemand überrascht, dass die Glencore in praktisch allen Medien zuoberst auf dem Podest stand?

Dass bei jedem neuen Skandal auch eine noch unbekannte Zuger Firma auftaucht, auch das kann niemanden überraschen. Der diesmalige Newcomer heisst Quantum Global. Sein Sitz ist hier, an derselben Bahnhofstrasse 2, wo früher die Xstrata dreckgeschäftete, bevor sie von der Glencore heimgeholt wurde. Dass eine Firma der anderen die Klinke in die Hand gibt, ist angesichts der grossen Zahl auf kleinem Raum auch keine Überraschung.

Das Geld, das hier im Auftrag der angolanischen Elite verjubelt und verdubelt wird, gehört dem angolanischen Staatsfond und damit dem angolanischen Volk. Dessen Mehrheit vegetiert in tiefer Armut.

Vom Betrug am angolanischen Volk profitiert auch der Zuger Fiskus. Die Armut in Angola ist die Kehrseite des Reichtums in Zug!

Wechseln wir von der Zuger Bahnhofstrasse 2 zur Baarer Baarermattstrasse 3, von Quantum Global zur globalen Glencore, von Angola in den Kongo. Die Glencore mit einem Umsatz von 153 Milliarden Dollar ist zwar auch dick im angolanischen Geschäft. Aber der unglaublich rohstoffreiche Kongo ist und bleibt wichtiger. Dem Staat Kongo sind laut einem UNO-Bericht allein in den Jahren 2010 bis 2012 allein bei Schürfrechten für Kupfer und Kobalt 1,4 Milliarden Dollar verloren gegangen. Mit diesem Geld hätte man die kongolesischen Budgets für Gesundheit und Bildung für zwei Jahre bestreiten können.

In den Paradise Papers kann man nachlesen, wie es Glencore 2008 gelang, den Preis von Lizenzen für die Katanga-Mine von geforderten 585 Millionen Dollar auf 140 Millionen zu drücken. Der strategische Partner von Glencore, der rechtsextreme Dan Gertler, bekam dafür einen Minen-Anteil von 45 Millionen. Gertler hat 2006 seinem Freund, dem hochkorrupten und tyrannischen Präsidenten Joseph Kabila, den Wahlkampf finanziert.



Jo Lang spricht an der Mahnwache.

Die Bevölkerung des rohstoffreichen Kongos gehört zu den Ärmsten der Welt. Die Armut im Kongo ist die Kehrseite des Reichtums in Zug!

Was ist zu tun? Erstens Transparenz schaffen, die Sorgfalts- und Haftungs-pflicht durchsetzen. Dafür haben wir die Konzernverantwortungs-Initiative. Zweitens den Rohstoffhandel wieder unter das Geldwäschereigesetz stellen. Das hatte der Bundesrat ursprünglich so beschlossen, dann aber unter dem massiven Druck der Zuger Rohstofflobby wieder zurückgenommen.

Das Allerwichtigste aber ist der Kampf gegen das Steuergefälle und das Steuerdumping. Allein durch Steuer-Vermeidung von Konzernen verliert die Dritte Welt jährlich über 200 Milliarden Dollar. Viele von ihnen landen dank den Rohstoffmultis und anderen Steuerfluchtfirmen im Zugerland.

Im letzten Februar ist es gelungen, die masslosen Steuersenkungen für Unternehmen und Aktionäre an der Urne zu stoppen. Jetzt ist eine Neuauflage unter dem Namen Steuervorlage 17 unterwegs. Auch sie würde, wie ein UNO-Bericht an den Menschenrechtsrat aufzeigen wird, den Entwicklungsländern Steuerressourcen abzocken.

Wir stehen schweizweit vor der Fra-

13

ge, die wir Zuger Alternativen in den letzten 40 Jahren immer wieder aufwerfen mussten: Ist es die blosse Aufgabe der Linken, dafür zu sorgen, dass die BEUTE aus der AusBEUTUNG der Dritten Welt, hierzulande möglichst breit verteilt wird? Oder ist es nicht auch die Aufgabe der Linken eines der reichsten Länder der Welt, global für mehr Gerechtigkeit zu sorgen? Das fängt damit an, dass wir die Tiefsteuerpolitik hier und jetzt konsequent bekämpfen.

Die Armut in Afrika ist die Kehrseite des Reichtums in der Schweiz! ■

Beschämende Praktiken

Esther Haas und Anastas Odermatt, Kantonsräte Alternative – die Grünen Zug

14

Nicht erst seit der Veröffentlichung der Paradise Papers stellt eine breite Öffentlichkeit das Vertrauen in die Redlichkeit von renommierten Unternehmungen und von bis anhin als Vorbilder dastehenden Personen in Frage.

Immer wieder – zuletzt mit den Paradise Papers – geraten Zuger Firmen in den Fokus öffentlicher Kritik. Glencore hat diesbezüglich reiche Erfahrung. Anfang Jahr kam auch der Baarer Bauchemie-Konzern Sika wegen unrühmlicher Pläne kurzzeitig ins Mediengerede: Als US-Präsident Trump die Fertigstellung des Mauerbaus an der Grenze zu Mexiko in die Welt hinaustrompetete, liessen die Baarer verlauten: «Wenn Trump die Mauer tatsächlich baut – in welcher Form auch immer – dann sind wir auch beteiligt.» Florian Wettstein, Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen, bezeichnete die Beteiligung einer Schweizer Firma am Bau einer solchen Mauer als «beschämend»¹, vor allem, weil diese unvereinbar wäre mit den Grundwerten, zu denen sich diese Unternehmungen bekennen würden. In die gleiche Richtung wie die Aussage Wettsteins zielte die damalige Interpellation der ALG-Fraktion zur Beteiligung der Sika an der Trump-Mauer im Kantonsrat. Wenn wir die zum Teil gehässigen Reaktionen auf unsere Fragen im Kantonsrat als Massstab nehmen, mussten diese wohl ein heikles Thema des zugerischen Politbetriebs getroffen haben: «Inhaltlich ohne Substanz», «der Wirtschaft schaden» oder «nicht Aufgabe des Parlaments, Unternehmen und Private anzuschwärzen» sind Aussagen von Votanten, die zeigen, dass das Anliegen der Interpellation nicht verstanden wurde oder vielmehr nicht verstanden werden wollte. Die Regierung ihrerseits berief sich in ihrer Antwort darauf, dass der Staat nicht einzugreifen habe, solange «anerkannte Werte» nicht verletzt wurden. Hier versteckt sich

die Regierung hinter «anerkannten Werten» – welche auch immer das dann sind: Für die Zugerinnen und Zuger wäre es hilfreich, wenn die Regierung klar definieren würde, von welchen Werten sie hier ausgeht. Die Sika hat dann übrigens auf das Geschäft mit der Trump-Mauer gemäss Eigenaussage verzichtet.

Politik per se nicht zuständig für die Aushandlung von Werten und hätte in diesem Feld ja nichts verloren. Vielmehr geht es wohl darum, dass sich die Politik rauszuhalten habe, wenn es um «Wirtschaft» geht. Das Macht- und Entscheidungsmonopol liegt in dieser Logik dann bei der «Wirtschaft» und nicht bei der Politik. Und Werte werden dann wohl durch eine alles bestimmende «unsichtbare Hand» im Sinne von Adam Smith definiert. Das ist ein höchst problematisches Staatsverständnis und trifft in der Realität glücklicherweise nicht zu: So wird bei



Glencore wieder einmal im Visier: Laut Paradise Papers hat die Glencore-Tochterfirma Katanga im Kongo Abbaulizenzen für «läppische» 140 Millionen erworben. Kongos Regierung wollte anfänglich mehr als 4-mal so viel. Solch ausbeuterische Praktik sollte der Zuger Politik nicht egal sein, schon gar nicht, wenn es sich dabei um eine Firma handelt, die hier ansässig ist. Dadurch erhält der Kanton Zug einen Reputationsschaden. Die Konzernverantwortungs-Initiative setzt genau hier an.

Politik als gesellschaftliches Gestaltungssystem

Der zuständige Regierungsrat Matthias Michel macht sich die Sache etwas gar einfach, wenn er die Definitionsmacht moralischer Werte und die Beantwortung, was denn diese seien, auf die «gesellschaftlichen Kräfte» abschiebt. Das tönt so, als wäre die

anderen Themenfeldern sehr wohl auf die Werteebene zurückgegriffen und entsprechend debattiert: Bildung, Integration, Familie, Islamdebatte etc. Politik hat sich als «gesellschaftliches Gestaltungssystem» an ethisch-moralischen Diskussionen als Grundlage ihrer Gesetzgebungsprozesse sehr wohl zu beteiligen und

jene Überlegungen in politische Prozesse miteinzubeziehen. Und dies trifft auf alle Politikbereiche zu, auch auf jenen der Wirtschaft.

Regeln sind nötig

Francis Cheneval, Professor für politische Philosophie an der Universität Zürich, warnt zwar vor voreiligen moralischen Verurteilungen, stellt aber dennoch klar: «Weltweit tätige Firmen profitieren tatsächlich vom rechtsfreien Raum, der in gewissen Ländern herrscht.»² Zur Beseitigung dieses Missstandes schlägt er Kampagnen wie jene von «Recht ohne Grenzen» vor, damit «weltweit klare Regeln gelten sollen für Schweizer Konzerne».³

Weltweit klare Regeln müssen das Ziel sein, weltweite Verbindlichkeiten, die verhindern, dass Unternehmungen und Private die Schwächen von labilen Regierungen ausspielen können. Die Konzernverantwortungs-Initiative möchte genau hier ansetzen und ist ein erster Schritt in diese Richtung. Denn Auspielen von labilen Regierungen in wirtschaftlich und politisch wenig entwickelten Ländern findet statt – täglich. Die Paradise Papers sind ein Beleg dafür. Wie anders ist es denn zu verstehen, dass die Glencore-Tochterfirma Katanga im Kongo Abbaulizenzen erworben hat, laut Paradise Papers für einen Spottpreis: statt der anfangs von der kongolesischen Regierung genannten 585 Millionen US-Dollar bezahlte Katanga schlussendlich «läppische» 140 Millionen. Und dazu soll man schweigen? Nein, das wollen wir nicht! Glencore rechtfertigte das Vorgehen damit, dass man «erfolgreich insistiert»⁴ habe, also – wie auch immer – die 140 Millionen durchgedrückt habe. Der tatsächliche Skandal bei der ganzen Geschichte ist wohl, dass das ganze «legal» war. Genau das passiert, wenn das Macht- und Entscheidungsmonopol bei der Wirtschaft liegt.

Werte in Politik einbringen

Politische Entscheidungsträgerinnen und -träger sollen sich ihrer Werte, die sie verkörpern wollen, bewusst sein und diese im politischen Alltag umsetzen. Wir können uns nicht vorstellen, dass Politikerinnen und Politiker im Kanton Zug bewusst wollen,

- dass irgendwo in der Welt Menschen ausgebeutet werden;
- dass sich Unternehmungen über minimale Umweltstandards hinwegsetzen und damit die Gesundheit von Menschen vor Ort massiv gefährden;
- dass sich Unternehmungen im Umfeld von korrupten Partnern tummeln und von deren Kontakten mit maximalen Gewinnen profitieren.

Dieses und noch mehr wird Zuger Rohstoffkonzernen und ihren Tochtergesellschaften seit Jahren vorgeworfen. Glencore ist zum Beispiel für den Kanton Zug nicht irgendeine Firma. Glencore bezahlt hier Steuern und tritt vermehrt prominent als Sponsor von verschiedenen Veranstaltungen in Erscheinung. Da darf es doch der Zuger Politik nicht egal sein, was Glencore vorgeworfen wird. Nichts hören wollen, nichts sehen wollen – nichts sagen – ist eine feige Haltung, welche letztendlich dem Kanton Zug schadet. Immer wieder gerät der Kanton Zug in die negativen Schlagzeilen und generiert damit einen Reputationsschaden.

Auch die Schweizer NGO Public Eye fordert eine «politische Reaktion in der Schweiz». Warum ist die Zuger Regierung nicht im Stande zu sagen: «Sollten die Vorwürfe zutreffen, besteht Handlungsbedarf?» Warum igelt sie sich ein hinter einer Mauer des Schweigens? Es ist dieses Schweigen und dieses Rechtfertigen, das für uns nicht vereinbar ist mit unseren Werten. Offenbar ist die Angst vor einem Wegzug von Firmen grösser als der Mut, Stellung bei wichtigen Wertefragen zu beziehen.

Was auch immer wir tun oder nicht tun: Wir müssen unser Verhalten an unseren Werten messen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass global tätige Firmen unermessliche Macht haben, sie sind unterdessen mächtiger als die meisten Regierungen. Mit Schweigen zementiert eine Regierung diese Verhältnisse und goutiert sie. ■

Quellen

¹ «St. Galler Tagblatt», 29.03.2017

² «Der Glatttaler», 11. Januar 2013

³ «Der Glatttaler», 11. Januar 2013

⁴ «Finanz und Wirtschaft», 06.11.2017

Cassis in der Falle

Grünspecht – ein kritischer Vogel

16

Was hat Ignazio Cassis nicht alles unternommen, um Bundesrat zu werden? Er ist noch schnell der Waffenlobby Pro Tell beigetreten. Und vor allem hat er der SVP-Fraktion vor der Wahl versprochen, in der EU-Politik den «Reset-Knopf» zu drücken.

Ignazio Cassis hat es im September schon im zweiten Wahlgang in die Landesregierung geschafft. Dank der geschlossenen Unterstützung der

rig, wenn nicht aussichtslos. Denn zwei FDP-Frauen, das wäre dann wohl für die Liberalen zu viel des Weiblichen.



rechtsbürgerlichen SVP-Fraktion, dank vieler Stimmen aus der FDP, etlicher aus der CVP und aus anderen Parteien. Bei vielen FDP- und CVP-Parlamentariern haben auch regionale Überlegungen und eigene Ambitionen mitgespielt.

Zwei Beispiele: Wenn Ignazio Cassis in den Bundesrat gewählt wird, sind die Tessiner Ansprüche befriedigt und damit CVP-Ständerat Filippo Lombardi weg vom Fenster. In der CVP hat nämlich schon das Scharren um die beste Ausgangslage im Hinblick auf den angekündigten Rücktritt von Doris Leuthard eingesetzt. Und bei der FDP ist ebenso klar; wäre Isabelle Moret gewählt worden, dann würde es für die Frauenkandidatur von Karin Keller-Suter aus der Ostschweiz nach dem Rücktritt von Johann Schneider-Ammann schwie-

Neustart auf «Feld eins» braucht es erstens den Gesamtbundesrat und zweitens – was noch viel wichtiger ist – immer beide Partner. Wenn die EU nicht von vorne beginnen will – und warum sollte sie das – dann läuft der neue EDA-Chef in Brüssel relativ schnell auf. Ausser Getöse nichts gewesen.

Drückeberger SVP

Damit ist die Volkspartei schon jetzt die «politische Siegerin». Der neue Bundesrat ist in die Falle der Blocher-Partei geraten. Er hat etwas versprochen, das er so nicht einhalten kann. Das heisst, die SVPler werden den neuen EDA-Chef vor sich hertreiben und des «Landesverrats» bezichtigen, wie sie es während Jahren mit Bundesrat Didier Burkhalter gemacht haben.

«Reset-Taste» funktioniert nicht

Damit zurück zu den grossen Wahlhelfern von Ignazio Cassis, zur SVP. Ihr hat er letztlich Unmögliches versprochen. Der neue Aussenminister kann die Aussenpolitik nicht im Alleingang gestalten, schon gar nicht kann er in der EU-Politik die «Reset-Taste» drücken. «Wir starten neu auf Feld eins», das mag für heimische nationalistische Ohren gut klingen. Zu einem

Und die SVP kann dies umso mehr tun, als sie die Verantwortung für die Aussenpolitik nicht übernehmen wollte. Weder Ueli Maurer (glücklos mit der Unternehmenssteuerreform III) noch Guy Parmelin (im VBS von Krise zu Krise taumelnd) waren bereit, nach dem Rücktritt von Didier Burkhalter ins EDA zu wechseln. Der Grünspecht hat dazu einen Leserbrief von alt Kantonsrat Frank P. Iten aus Unterägeri gefunden («Zuger Zeitung», 26. September): «Die SVP hätte ja mit einem Departementswechsel eines ihrer Bundesräte dorthin das ständig von ihr kritisierte Dossier selber an die Hand nehmen und so endlich mal beweisen können, dass ihnen an einer für die Schweiz einvernehmlichen Lösung im Europa-Dossier liegt. Leider wurde diese Chance seitens der SVP verpasst und man kann weiterhin am EU-Dossier herumrörgeln, statt direkt Verantwortung zu übernehmen.»

Dem hat der Grünspecht inhaltlich nichts beizufügen, ausser der Bemerkung, dass die SVP die Chance nicht «verpasst» hat. Im Gegenteil – die Rechtsnationalisten wollen im Europa-Dossier bewusst keine Verantwortung übernehmen. Das ist Strategie. Der Grünspecht staunt schon etwas, wie Politiker der bürgerlichen Parteien immer wieder in die ausserpolitische Falle der SVP tappen. Wie sie opportunistisch nach rechts-aussen schießen und dann erstaut sind, wenn sie für ihre Politik, die nicht ganz genau dem Drehbuch aus Herrliberg entspricht, gescholten werden. Selber schuld, kann der Grünspecht nur sagen. ■

Vom Acker auf den Teller

Mathias Stalder, Koordinator und Sekretär von Uniterre

Nahrungsmittel sind ein wertvolles Gut, aber die Machtkonzentration einiger weniger global tätiger Konzerne nimmt bedrohlich zu.

Die Ernährungsfrage nimmt in der Politik eine immer wichtigere Stellung ein, das belegen die zahlreichen Volksinitiativen. Die Initiative für Ernährungssouveränität, die voraussicht-

dem Markt, mit gerechten Preisen entlang der ganzen Wertschöpfungskette, ebenso soll die regionale Direktvermarktung und die lokale Verarbeitungsstruktur gefördert werden.



Der Preisdruck auf die BäuerInnen kommt nicht den KonsumentInnen zugute (Bild: Eric Roset).

lich im Herbst 2018 zur Abstimmung kommt, stellt eine vielfältige, nachhaltige, gentechnikfreie und bäuerliche Landwirtschaft ins Zentrum. Damit diese die Wertschätzung bekommt, die sie auch verdient. Im Jahr 2015 gaben wir gemäss des Bundesamtes für Statistik 6,3 Prozent des Haushaltsbudgets für Lebensmittel, inklusive Alkohol, aus – im Jahr 1990 waren es noch 11 Prozent. Damit liegen wir auf dem 4. Platz in der Weltrangliste.

Der Krux mit dem Preis

Der Preisdruck auf die BäuerInnen kommt nicht den KonsumentInnen zugute. Die Produzentenpreise sind in den letzten 30 Jahren um 30 Prozent gesunken, während die Konsumentenpreise um 14 Prozent gestiegen sind. Es profitieren also die Grossverteiler und Verarbeiter. Nehmen wir aktuell den Milchmarkt als Beispiel. Durchschnittspreise von 50 Rappen pro Liter werden heute bezahlt, der kostendeckende Preis wäre jedoch 1 Franken. Wir fordern deshalb Transparenz auf

Der gewollte Strukturwandel

Gemäss Agrarbericht sind 2016 in der Schweiz erneut rund 1000 Bauernhöfe verschwunden und in grössere Strukturen aufgegangen. Von den aktuell 52 263 Betrieben betrug das bäuerliche Betriebseinkommen im Durchschnitt 64 300 Franken, Bergbetriebe müssen mit weniger auskommen. Derweil nimmt auch die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Jahr um 653 Hektaren ab, das entspricht 17 900 Quadratmetern pro Tag. Auch hier fordert unsere Initiative Abhilfe und verlangt wirksame Massnahmen für den Schutz der Kultur- und Fruchtfolgeflächen. Die zunehmende Landkonzentration und die steigenden Preise erschweren es der jungen Generation, einen Betrieb zu übernehmen.

Am 1. November 2017 brüskierte der Bundesrat mit seiner Gesamtschau zur Landwirtschaft bäuerliche Organisationen und die Stimmbewölkerung. Diese hat sich am 24. September 2017 deutlich für den Gegenentwurf zur Ernährungssicherheitsinitiative und

für die einheimische Agrarwirtschaft ausgesprochen. Das Ansinnen des Bundesrates, den Markt weiter zu liberalisieren und Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten sowie Malaysia und Indonesien (Palmölproblematik) abzuschliessen und diese auch noch als tragbar für die ProduzentInnen sowie als nachhaltig zu bezeichnen, ist blanker Hohn. Wir brauchen einen flexiblen Grenzschutz, der auch auf soziale und ökologische Standards Wert legt.

Echte Lösungen für die Klimakrise

Die industrielle Landwirtschaft trägt weltweit mit einem Drittel zum CO₂-Ausstoss bei, degradiert die Böden, bedingt einen hohen Einsatz von Düngemitteln und chemischen Spritzmitteln, verbraucht enorme natürliche Ressourcen und hat zu einem dramatischen Rückgang der Biodiversität geführt. Der Weltagrarbericht (2008) sowie die «Sustainable Development Goals» (SDGs) der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Hungers und zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft sind wichtige Wegweiser für unsere Initiative. Diese wurde im Jahr 2014 von der bäuerlichen Organisation Uniterre und rund 70 weiteren Organisationen lanciert und im März 2016 mit rund 109 000 gültigen Unterschriften eingereicht.

Die Initiative entstand in enger Zusammenarbeit mit Via Campesina, der weltweiten Organisation der Kleinbäuerinnen und Bauern sowie LandarbeiterInnen. Sie bringt damit Aspekte des globalen Südens ein. Wir erhoffen uns, einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung einer neuen Landwirtschafts- und Ernährungspolitik in der Schweiz leisten zu können (Agrarpolitik 22+). ■

Petition für fairen Milchpreis

Lesen Sie www.ernaehrungssouveraenitaet.ch und unterschreiben Sie die Petition für einen fairen Milchpreis von 1 Fr. pro Liter unter: www.uniterre.ch/milchpetition

Hoffentlich läuft's rund

Hansruedi Küttel

18

2015 wurde die sogenannte Velo-Initiative lanciert, 2016 eingereicht, 2017 ein Gegenvorschlag vom Bundesrat verabschiedet. Initiative und Gegenvorschlag machen jetzt den Marathon durch die Kommissionen und das Parlament, wofür mit bis zu 36 Monaten gerechnet werden muss. Dann muss das Initiativkomitee entscheiden, ob es die Initiative zu Gunsten des Gegenvorschlags (oder was davon übrigbleibt) zurückzieht oder durch die Volksabstimmung entscheiden lassen will. Anschliessend bleiben etwa zehn Monate für die Kampagne vor dem Volksentscheid.

Die eidgenössische Volksinitiative verlangt, dass das Velofahren in gleicher Weise gefördert wird wie das Wandern. Damit erhält der Bund die Kompetenz, Rahmenbedingungen zur Veloförderung zu definieren und Kantone und Gemeinden bei der Umsetzung zu unterstützen.



Das nennt man heute in Zug «Veloweg».

Fuss- und Wanderwege sind heute schon in der Bundesverfassung festgeschrieben; in allen Kantonen ist so ein dichtes Netz an gut unterhaltenen und signalisierten Wegen entstanden. Vorschriften und Normen garantieren eine hohe Qualität. Gleiches will die Velo-Initiative für die Radfahrenden erreichen: Die Initiative bietet die Chance, das Velofahren einheitlich und über Gemeinde- und Kantons-grenzen hinweg zu fördern und so ein durchgehendes Wegnetz zu schaffen. Dazu soll Art. 88 der Bundesverfassung wie folgt ergänzt werden:

Art. 88 Fuss-, Wander- und Velowege

1. Der Bund legt Grundsätze über Fuss- und Wanderwegnetze und über Netze für den Alltags- und Freizeit-Veloverkehr fest.
2. Er fördert und koordiniert Massnahmen der Kantone und Dritter zur Anlage und Erhaltung attraktiver und sicherer Netze und zur Kommunikation über diese; dabei wahrt er die Zuständigkeiten der Kantone.
3. Er nimmt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht auf solche Netze. Muss er dazugehörige Wege aufheben, so ersetzt er sie.

Der oben erwähnte Fahrplan des Parlaments könnte also dazu führen, dass frühestens Ende 2018, spätestens aber im Laufe des Jahres 2021 eine Abstimmung stattfindet. Erst nachher beginnen die Arbeiten für die Umsetzung des Auftrages beim Bund, später bei den Kantonen und Gemeinden. Die Diskussion über die Kosten wird für weitere Verzögerungen sorgen. Also nicht abwarten: Damit bereits vorher etwas passiert, müssen wir uns in Kantonen und Gemeinden bereits heute für neue Lösungen einsetzen!

Veloinitiative: Alle profitieren!

Velofahrende sind schnell und sicher unterwegs. Dank geschützten Abstellplätzen können sie für die langen Strecken auf den öffentlichen Verkehr umsteigen.

Autofahrende profitieren von der Entflechtung. Klarheit und Sicherheit führen zu einer Verflüssigung des Autoverkehrs.

FussgängerInnen haben das Trottoir für sich.

Mehr Nutzung des Velos entlastet den **öffentlichen Verkehr**.

Kinder können das Velofahren an sicheren Orten üben. Schulwege werden sicherer. Kinder können auch in der Freizeit selbstbestimmt unterwegs sein.

StädterInnen sind flexibler, schneller und auf direktem Wege unterwegs zum Ziel, weil attraktive Fahrradwege den Umstieg auf das Velo fördern.

Die Landstrassen sind velofreundlich gestaltet und Velofahrende kommen auch auf dem Land schnell und sicher voran. Eine kohärente Planung schafft ein durchgängiges und attraktives Velowegnetz.

Die Veloförderung ist Bestandteil der bundesrätlichen Energiepolitik, fördert eine energieeffiziente Lebensweise, entspricht den Zielen der Gesundheitsförderung.



Das gibt es auch, ist eher Nahkampfzone.



Dieses Signal wird leider auch verwendet, obwohl keine Trennung der beiden Spuren vorliegt.



Heute noch eine Rarität im Kanton: Ein Weg ausschliesslich für Velos!

Links und Dokumente:

Alle Dokumente sind zu finden auf www.velo-initiative.ch

Nein zum Sendeschluss

Franz Lustenberger

Die Initiative «NoBillag» vermittelt den Eindruck, es gehe um die Abschaffung von Gebühren für eine Firma namens Billag. Es geht aber um die Gebühren für Radio und Fernsehen. Es geht um die finanzielle Grundlage des öffentlich-rechtlichen Radios und Fernsehens, es geht um die finanzielle Grundlage vieler privater Stationen. Es geht auch um die Medienqualität im ganzen Land, in allen vier Sprachregionen der Schweiz.

«Schön, wenn ich keine Billag-Gebühren fürs Fernsehen mehr zahlen muss, ich schaue «10 vor 10» sowie so immer im Internet.» So äusserte sich kürzlich ein junger Mann im Gespräch. Ich erklärte ihm, dass es ohne Gebühren aber kein «10 vor 10» mehr geben werde. Der Glaube, wir zahlen nichts, erhalten es aber gleichwohl, ist eine Illusion. Die Einnahmen über Gebühren machen rund 75 Prozent der Gesamteinnahmen der SRG aus. Damit – ergänzt mit Einnahmen aus Werbung, Sponsoring und weiteren kleinen Quellen – werden Programme für alle vier Sprachregionen produziert.

Viersprachigkeit hat ihren Preis

Die Initianten machen immer wieder Gebührenvergleiche. Es ist in der Tat richtig, in Deutschland oder Frankreich sind die Gebühren deutlich tiefer als derzeit in der Schweiz. Sie vergessen dabei aber immer zwei Dinge: Erstens zählen Deutschland und Frankreich viel mehr Einwohner, das ergibt automatisch viel höhere Gebühren- und Werbeeinnahmen. Die Kosten für Informationssendungen unterscheiden sich aber nicht wesentlich. Qualität hat ihren Preis, unabhängig von der Grösse des Landes. Zweitens sind diese Länder einsprachig. Demgegenüber muss die SRG in den drei Hauptsprachen ein gleichwertiges Programm anbieten. Auch die Vielsprachigkeit hat ihren Preis.

Die Gebühren für Radio und Fernsehen werden in der Schweiz sinken: Bundespräsidentin Doris Leuthard hat eine Gebühr von 365 Franken pro Jahr in Aussicht gestellt. Einen Franken pro Haushalt und Tag. Dafür



Nicht nur der SRG würden die Finanzen entzogen, auch viele andere wären betroffen. (Bild SRG)

gibt es am Kiosk nicht einmal ein anständiges Schoggistängeli. Eine «Privatisierung» von Radio und Fernsehen in der Schweiz würde für die Konsumentinnen und Konsumenten teurer; das zeigen Beispiele aus anderen Ländern, wo für einzelne Sportarten separate Abonnements bezahlt werden.

Verschiedenste Sportarten würden im Fernsehen gar nicht mehr vorkommen; heute berichtet das Schweizer Fernsehen über rund 100 Sportarten. Private würden sich dagegen die grossen Events herauspicken, um damit Geld zu verdienen. Kleinere Sportarten würden in der kleinräumigen Schweiz wohl unter den Tisch fallen.

Ausdünnung und Verarmung

Gleiches gilt für die Kultur; diese «rentiert» im Radio und im Fernsehen nicht. Dies gilt für alle Beiträge in den Kultursendungen. Dies gilt

aber insbesondere für das Schweizer Filmschaffen: Die SRG produziert und beteiligt sich an der Finanzierung von Schweizer Filmen. Ohne SRG-Unterstützung würden Schweizer Filmschaffende nach Deutschland «auswandern». Auf der Strecke blieben Schweizer Inhalte, von grossen Spielfilmen wie «Der Goalie bin ig» bis zu Dokumentarfilmen wie «Die Kinder vom Napf». Der aktuelle Krimi «Wilder» könnte gleich «bestattet» werden.

Die No-Billag-Unterstützer gefährden tausende von Arbeitsplätzen. Nicht nur bei der SRG in den vier Sprachregionen. Gefährdet wären auch hunderte von Arbeitsplätzen in der freien Filmbranche und in der Werbewirtschaft. Nicht zuletzt wären auch rund tausend Arbeitsplätze bei den privaten Lokalradio und Lokal-TV-Stationen betroffen. Denn diese erhalten auch Gebührengelder, weil sie Teil des Servicepublic sind.



Wer würde über ein Schwingfest in Zug berichten? (Bild A. Balzarini)

Daniel Eckmann, während zwölf Jahren Informationschef von Bundesrat Kaspar Villiger, hat es kürzlich in einem Artikel im Bund (1. November) geschrieben, er mache sich Sorgen um die Existenz der SRG: «Weil ich überzeugt bin, dass sie für die Schweiz insgesamt ein Gewinn ist. Und ihr Verschwinden ein Verlust. Mehr als man auf Anhieb denkt.» ■

Alltag im Lager

Natalie Chiodi

20

Vor gut einem Jahr habe ich im BULLETIN (2/2016) einen Bericht zu meinem Aufenthalt in einem Flüchtlingscamp in Idomeni in Griechenland veröffentlicht. Aus dieser Erfahrung und dank vieler toller Menschen ist die Gründung des Vereins network ANTHROPIA entstanden, der vornehmlich an zwei Orten in Griechenland Hilfe leistet. Im Folgenden habe ich einen Bericht von zwei Vereinsmitgliedern zusammengefasst, die Griechenland regelmässig besuchen.

Ein grosses Containercamp befindet sich auf dem riesigen Hafen- und Industriegelände Skaramagas am Meer, zwischen Piräus und dem Zentrum von Athen. Zementboden, nichts Grünes, rauchende Kamine – alles von der Polizei bewacht. 3000 Menschen wohnen in weissen Containern. Mittendrin befinden sich zirka 600 Jesidinnen und Jesiden. Die Jesiden sind wegen ihres Glaubens seit Jahrhunderten ein verfolgtes Volk. Gemäss einem Bericht der Vereinten Nationen ist ein Genozid an der religiös-ethnischen Minderheit längst im Gange: 99 Prozent der weiblichen Angehörigen wurden verkauft, mehrfach vergewaltigt, ihre Männer vor ihren Augen getötet! Auch in diesem Camp, das primär von Menschen aus Syrien, wenig Menschen aus Irak, Pakistan und Afghanistan bewohnt wird, sind die Jesiden als Minderheit und Nicht-Muslime ausgegrenzt. Wir stellen fest, dass sie weniger Zuwendungen und Unterstützung erhalten als alle anderen.

Engagement für Jesiden

Khalid, der jesidische Übersetzer, holt uns am Eingang des Drahtzaunes ab. Die Prozedur bei der Eingangspolizei geht ohne Komplikationen über die Bühne. Der erste Besuch beim Chef der Jesiden bringt uns zum Staunen. Im einfachen Containerraum setzen wir uns auf den Boden. Wie immer wird Tee serviert. Es ist eine sehr offene Atmosphäre, der Ton sehr herzlich, die Frauen sind unbedeckt. Es ist ganz anders als bei den Gemeinschaften der Afghanen und Syrer. Die Gemeinschaft der Jesiden ist

eng und man sorgt selbstverständlich füreinander. Via Google-Earth-Bilder werden uns Bilder vom Zuhause im Norden des Irak gezeigt.

Später besuchen wir Lozin, das 6-jährige Mädchen mit ihrem Vater. Es ist zerebral gelähmt, im Rollstuhl und hat Probleme mit dem Herzen. Die Mutter wurde ermordet. Lozin haben wir bei einem früheren Besuch kennen gelernt. Sie will uns immer wieder zeigen, wie sie aufstehen kann, um dann wieder umzupurzeln.

ANTHROPIA unterstützt die Jesiden regelmässig mit dem Nötigsten wie Windeln, Milchpulver und Babykleider etc. Ferner konnten wir die Menschen mit Nähmaschinen ausrüsten, damit sie sich einer Tätigkeit zuwenden können und einen kleinen finanziellen Zustupf verdienen.

Zweite Wirkungsstätte

Eine beschauliche kleine Stadt am Meer gelegen, 1,5 Stunden vom Athener Zentrum entfernt. Mittendrin befindet sich ein zweistöckiges, altes Abbruchhaus mit nur zwei funktionierenden Duschen und WCs für 80 Erwachsene und 20 Kinder aus Afghanistan. Sie haben eine lange Flucht hinter sich und alle tragen ihre dramatische, traumatisierende Lebensgeschichte mit sich herum. Sie sind wild zusammengewürfelt, niemand hat sich vorher gekannt. Seit über einem Jahr müssen sie 24 Stunden am Tag auf engstem Raum zusammenleben. Ferner ist man in allen Lebensbereichen abhängig vom Goodwill fremder Behörden oder freiwilliger Helfer in einem fremden Land mit ganz andern Gewohnheiten und Regeln!



Lozin freut sich über den Besuch.

Zur unserem Engagement in diesem Fall kam es folgendermassen: Während unseres Einsatzes in Idomeni im April 2016, wurden drei von den erfahrensten Freiwilligen darum gebeten, im Süden von Athen eine aufgefundene Menschengruppe so weit zu unterstützen, dass sie recht selbständig für sich sorgen kann. Aus dem Engagement dieser drei ist ANTHROPIA entstanden.

Gemeinschaft entstehen

Kaum sind wir beim Haus der Afghanen angekommen, werden wir von Kindern und Müttern und einigen jungen Männern sehr herzlich begrüsst. Wie immer werden wir in einem Zimmer bei den ledigen Männern zu süssem Tee eingeladen. Es ist Sonntag und Behrouz, der Übersetzer, ist zum Glück da. Das Zimmer füllt sich schnell mit Menschen. Wir stellen mit grosser Zufriedenheit

viele Fortschritte fest. Die Menschen sind sich nähergekommen und haben angefangen, sich aufeinander einzulassen. Ressourcen werden erkannt und genutzt, man unterstützt sich gegenseitig: Laila kocht, Fatima hütet Kinder, ein älterer Afghane unterrichtet die Kinder in ihrer Muttersprache und erzählt Geschichten aus Afghanistan (einige Kinder wurden auf der Flucht geboren und haben die Heimat ihrer Eltern nie gesehen). Narquez hüllte sich anfänglich das ganze Gesicht mit dem Tuch zu. Heute trägt sie das Tuch ganz locker um ihr Haar. Wenn es runterfällt, macht es auch nichts. Im Kontakt wirkt sie sehr aufgeschlossen und nicht mehr so scheu.

Behrouz sass früher zum Übersetzen in einem Frauenzimmer vor der Türe, später auf der Schwelle. Jetzt kann er sich selbstverständlich zusammen mit uns ins Zimmer setzen. Er unterrichtet sogar die Mädchen in Englisch. An solchen Dingen sieht man, wie über das Jahr die Gemeinschaft zusammengewachsen ist.

Ressourcen fördern

Leila, welche wir seit einem guten halben Jahr mit privatem Englischunterricht unterstützen, unterrichtet inzwischen andere Flüchtende und übersetzt für Frauen!

Behrouz hat mittlerweile eine Stelle als Übersetzer bei der UNHCR, er ist ein reifer, verantwortungsvoller 27-jähriger Mann mit sehr viel Intuition für «seine» Mitbewohner. Er wird geschätzt und sorgt für alle. Sollte er einmal ein Zimmer ausserhalb des Camps suchen (er verdient ja jetzt rund 400 Euro pro Monat), würde er seine Landesgenossen nie ganz verlassen, versichert er mit ernster Miene. Behrouz ist nun für uns als Übersetzer nicht mehr immer verfügbar. Mit Freude merken wir, dass es auch ein paar Junge gibt, die im Englisch solche Fortschritte gemacht haben, dass sie uns auch zu Hilfe eilen können.

Arbeitsstellen geschaffen

Mit Korinna treffen wir uns jeden Morgen in der Cafeteria, um den Tag planen zu können und um Internetanschluss zu haben. Korinna ist eine arbeitslose Sportlehrerin und hat sich viele Monate ehrenamtlich um Flüchtlinge gekümmert. Sie erhält



Einladung zum Tee. In gelöster Atmosphäre besprechen wir das Neuste.

mittlerweile einen kleinen Lohn des Vereins. Sie konnte eine Designerin finden, die vom Handarbeitsprojekt für Frauen begeistert ist und ebenfalls froh ist, eine «Stelle» zu bekommen. ANTHROPIA hat also in Griechenland bereits zwei Arbeitsstellen geschaffen. Das heisst aber auch, dass unser Verein die schwierige Aufgabe zu erfüllen hat, Geld zu generieren, um die fortlaufenden Unkosten decken zu können. Um Korinna zu entlasten, gestalten wir gelegentlich den Unterricht.

Alltag mit Herausforderung

Es ist eine Illusion zu glauben, dass alle Geflüchteten dankbare Schäfchen sind und dass alles immer reibungslos abläuft. Sobald die grösste Not gelindert ist, kommen andere Probleme in den Vordergrund. Einige Leute werden aufmüpfiger oder fordernder, nehmen wegen dem Missio-

nieren von Sekten den christlichen Glauben an usw. Im normalen Alltag, der jetzt so langsam eintritt, wird das Führen und Begleiten einer so grossen Gruppe von Menschen in dieser sehr speziellen Situation äusserst anspruchsvoll. Es ist eine grosse Herausforderung. Kein Wunder, dass

Korinna, unsere griechische Betreuerin und Lehrerin, oft an ihre Grenzen stösst. Sie bräuchte eigentlich dringend ein ständiges Gegenüber an Ort und Stelle für Gespräch und Austausch. Die Arbeit von ANTHROPIA ist «klein» und unspektakulär – aber sie ist persönlich! ■

Unterstützen Sie network ANTHROPIA

Wir setzen uns für Menschen auf der Flucht ein. Unser Engagement ist ehrenamtlich, die Spenden werden vollumfänglich für die Menschen in Not verwendet. Unbürokratisch, direkt und gemeinsam. Mit ihrer Unterstützung und Spende machen sie das möglich!

networkANTHROPIA, 8708 Männedorf
Postfinance Konto 61-974295-5
IBAN CH64 0900 0000 6197 4295 5

Alle reden darüber

Natalie Chiodi

22

Alle reden über das Klimaproblem, nur wenige wissen Grundlegendes dazu. Der folgende Text stammt – in stark gekürzter Form – aus den «Swiss Academies Reports», in dem zahlreiche Fachleute aus der Schweizer Forschungsgemeinschaft die für die Schweiz relevanten Ergebnisse aus dem neusten IPCC-Bericht zusammengetragen und durch weiteren Forschungsergebnisse erweitert haben. Der ganze Bericht ist sehr gut lesbar und kann kostenlos bezogen werden (siehe Kasten).

«Die Erwärmung des Klimasystems ist eindeutig» und «der menschliche Einfluss auf das Klimasystem ist klar» (Seiten 28ff.). Diese Hauptaussagen im fünften IPCC-Sachstandsbericht bringen nicht nur das Kernproblem auf einen kurzen Nenner, sondern zeigen auch auf, dass die jahrzehntelange Forschung und Beobachtung des Klimasystems zu klaren Erkenntnissen geführt hat, auch wenn es immer noch zahlreiche offene Fragen gibt.

Die Temperaturen steigen

Die Erdoberfläche hat sich im globalen Mittel seit mehreren Jahrzehnten aussergewöhnlich stark erwärmt – und wir wissen warum. Die zunehmenden Emissionen an Treibhausgasen in die Atmosphäre durch die Verbrennung fossiler Brenn- und Treibstoffe – sowie die Abholzung tropischer Regenwälder – verändern den Strahlungshaushalt der Erde. Treibhausgase wie Kohlendioxid, Wasserdampf, Methan oder Lachgas haben in der Atmosphäre eine vergleichbare Wirkung wie die Fenster in einem Glashaas – sie verhindern eine effiziente Abstrahlung – auch wenn der physikalische Prozess ein anderer und komplexer ist. Dieser Prozess ist wissenschaftlich gut erforscht, so dass seine Wirkung verlässlich abgeschätzt werden kann. Wir wissen auch, dass diese Klimaentwicklung aussergewöhnlich ist: Das erkennen wir zum Beispiel daran, dass die CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre in den letzten 800 000 Jahren den Wert von 280 ppm (parts per million) kaum je übertroffen hat – aber im Rahmen des aktuellen Anstiegs im

April 2014 erstmals die Marke von 400 ppm überschritten hat und somit über 40 Prozent höher liegt (siehe Abbildung).

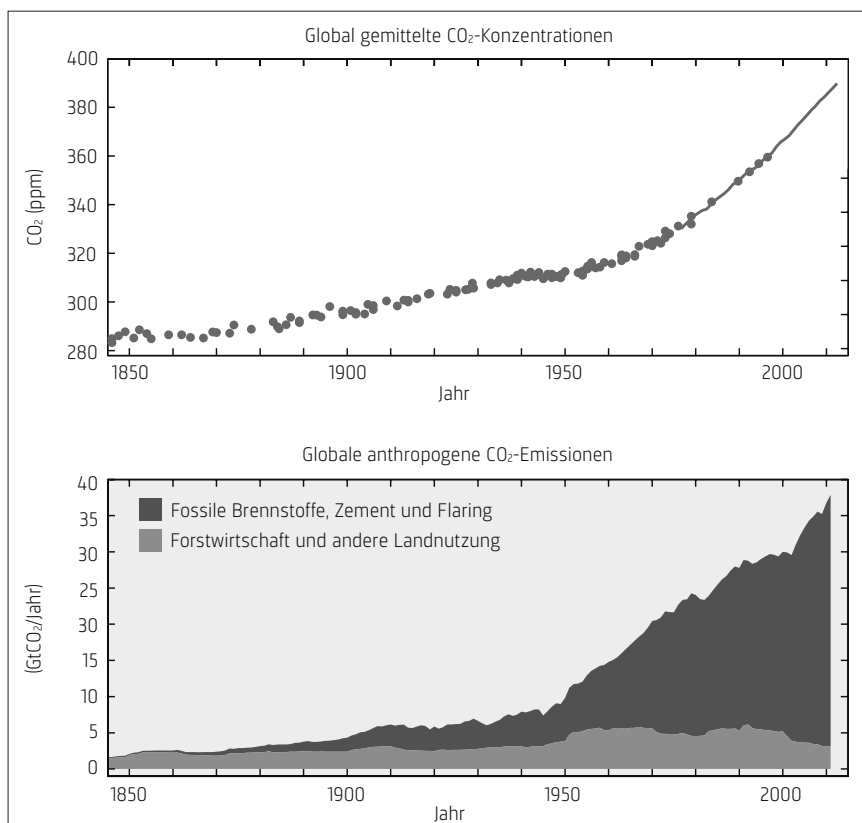
Komplexe Rückkopplungen

Das Klimasystem besteht nicht nur aus der Atmosphäre, sondern wird auch vom Ozean, von Eis und Schnee, dem Boden, der Vegetation und den vom Mensch bewirtschafteten Landflächen beeinflusst. Diese Komponenten stehen in einem ständigen Austausch mit der Atmosphäre. Ändert sich einer dieser Teile, so ändern sich die andern auch. Das führt dazu, dass eine Erwärmung der Atmosphäre im ganzen System Änderungen bewirkt, die sich wiederum auf das Gesamtsystem auswirken. Es kommt also zu einer Reihe von Rückkopplungen, welche die ursprüngliche Änderung abschwächen oder verstärken können. Ein Beispiel für solche Rückkopplungen ist, dass eine Erwärmung zu einer Erhöhung des Wasserdampfgehaltes in der Luft führt und – weil Wasserdampf das wichtigste Treibhausgas ist – die Erwärmung verstärkt. Dieser Effekt ist gut bekannt. Ein zweites Beispiel sind die Wirkungen von Wolken: Stärkere Verdunstung und mehr Wasser in der Luft verändern auch die Wolkenbedeckung, allerdings ist nicht klar, wie genau. Hohe Wolken verstärken die Erwärmung (sie sind dünn und wirken wie Treibhausgase), tiefliegende Wolken wirken kühlend (sie reflektieren die Sonnenstrahlung). Die wärmenden Effekte überwiegen wahrscheinlich, aber die Unsicherheiten sind beträchtlich.

Das Grundprinzip ist also bekannt – je mehr Treibhausgase in die Atmosphäre gelangen, desto stärker wird die Erwärmung. Den genauen Betrag kennen wir zwar nicht, aber einen ungefähren Bereich, das sind etwa zwischen 2 bis 4 Grad Celsius Erwärmung bei einer Verdoppelung der CO₂-Konzentration. Beobachtungen aus der jüngeren Vergangenheit zeigen die Wirkung der vom Menschen verursachten Emissionen, jene aus der fernen Vergangenheit zeigen uns, wie sich Veränderungen im Klimasystem auswirken können, und erlauben uns, die beobachteten und erwarteten Veränderungen in einen historischen Kontext zu stellen.

Natürliche Schwankungen und menschlicher Einfluss

Das Klima hat sich im Verlaufe der Erdgeschichte immer wieder verändert. Veränderungen in der Gröszenordnung der zurzeit ablaufenden Erwärmung dauerten dabei deutlich länger, als dies heute der Fall ist. Zum letzten Mal auf globaler Skala 1 bis 1,5 Grad Celsius wärmer als heute war es in der letzten Zwischeneiszeit vor rund 120 000 Jahren. Der Meeresspiegel lag damals zwischen 5 und 10 Meter höher als heute. Vor drei Millionen Jahren war es zum letzten Mal global rund 3 Grad Celsius wärmer als heute (etwa das, was wir bei einem mittleren Emissionsszenario bis Ende des Jahrhunderts erwarten), wobei damals der Meeresspiegel rund 20 Meter höher lag als heute. Dieser Zustand entwickelte sich jedoch sehr wahrscheinlich über einen viel längeren Zeitraum, als wir das bei der zurzeit ablaufenden Entwicklung erwarten. Sowohl das globale wie auch das regionale Klima unterliegen natürlichen Schwankungen auf einer Zeitskala von Jahr zu Jahr bis zu wenigen Jahrzehnten. Diese Schwankungen sind zum einen Teil Folge von externen Einflussfaktoren wie beispielsweise Schwankungen



Der Anstieg der globalen CO₂-Konzentrationen und der CO₂-Emissionen in der Atmosphäre in den letzten zirka 150 Jahren. Der Anstieg der CO₂-Konzentration entspricht mengenmässig rund der Hälfte der ausgestossenen Menge. Die andere Hälfte wurde von den Ozeanen und der Landoberfläche aufgenommen.

der Sonnenaktivität oder Vulkan- ausbrüchen sowie von internen Schwankungen im Klimasystem, wie dem El Niño/La-Niña-Phänomen im tropischen Pazifik. Ein wesentlicher Teil dieser Schwankungen hat jedoch einen zufälligen Charakter – solche Schwankungen sind deshalb bisher schwer vorauszusagen. Diese natürliche Variabilität kann von Jahr zu Jahr beziehungsweise über einige Jahrzehnte regional viel dominanter sein als die Auswirkungen der Erwärmung des Klimasystems. Deshalb braucht es oft einige Jahrzehnte, bis der langfristige Trend des menschverursachten Klimawandels auch regional aus den natürlichen Schwankungen deutlich zum Vorschein kommt.

Wo liegt das Problem?

Weshalb aber ist eine Erwärmung des Klimasystems ein Grund zur Sorge? Wir bewegen uns, wenn wir die Erdgeschichte anschauen, ja eigentlich gar nicht in einer neuen Situation. Das stimmt grundsätzlich nur, wenn die Auswirkungen auf den Menschen und die heutigen Ökosysteme ausgeblendet werden. Mit der Erwärmung werden sich alle Grössen ändern, die durch die Temperatur beeinflusst sind. Klimawandel ist deshalb ein Ressourcenproblem, wenn wir erkennen, dass auch der Wasserkreislauf stark betroffen sein wird, Extremereignisse die Nahrungsproduktion beeinflussen und durch den Anstieg des Meeresspiegels Land verloren geht, um nur einige Beispiele zu nennen.

In diesem Sinne ist der Ausdruck «Klimaschutz», der für Massnahmen gegen den Klimawandel verwendet wird, umfassend als Schutz unserer Lebensbedingungen, der Ressourcensicherheit und der Ökosystemdienstleistungen, die alle durch den Klimawandel beeinflusst sind, zu verstehen. Es geht also nicht darum, das Klima zu schützen, sondern vielmehr darum, die menschliche Gesellschaft vor den unerwünschten Auswirkungen des Klimawandels zu schützen. Die Natur wird sich zweifellos an die neuen Bedingungen anpassen. Für unsere Gesellschaft, oder zumindest grosse Teile davon, kann dies jedoch eine immense Herausforderung sein. Mit zunehmendem Klimawandel erreichen wir Grenzen, wo eine Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels nicht mehr möglich sein wird, weil durch den Wandel die Ressourcen knapp geworden sind oder nicht mehr zur Verfügung stehen. Man stelle sich nur einmal eine geografische Karte mit einem 5 Meter höheren Meeresspiegel vor, von 20 Metern gar nicht zu sprechen. Der Klimawandel äussert sich nicht nur in einer Änderung der Temperatur, sondern auch bei anderen Grössen wie Niederschlag, Verdunstung, Wind- oder Ozeanströmungen. Auch werden nicht nur die Mittelwerte, sondern auch die zeitliche und räumliche Verteilung dieser Grössen beeinflusst, insbesondere auch die Extremwerte oder Extremereignisse wie Hitzewellen, Starkniederschläge oder Trockenheit. Die Änderung all dieser Grössen wirkt sich dann auf viele Bereiche unseres Lebens und auf unsere Umgebung aus, z.B. auf die Tier- und Pflanzenwelt, Schneebedeckung, Gletscher, Permafrost und vieles mehr.

Die zukünftige Entwicklung

Die zu erwartende Entwicklung des Klimas ist für die nächsten paar Jahrzehnte praktisch vorgegeben. Dazu trägt die verzögerte Reaktion des Klimasystems auf die Änderungen im

Strahlungshaushalt bei, da vor allem die Anpassung der Temperatur der Ozeane an die neuen Verhältnisse Jahrzehnte bis Jahrhunderte dauert. Der Hauptgrund ist jedoch, dass die Emissionen kurzfristig stark durch unsere Infrastruktur und Gesellschaft bestimmt sind, und wir diese nur langfristig deutlich ändern können. Da die langfristige Entwicklung der Emissionen nicht bekannt ist, arbeitet die Klimaforschung mit verschiedenen Szenarien, die unterschiedliche Entwicklungen dieser Emissionen repräsentieren. Klar ist, dass die heutigen Emissionen, vor allem des langlebigen Kohlendioxids, sich noch Jahrhunderte bis Jahrtausende auswirken werden.

Es bleiben offene Fragen

Die Genauigkeit, mit welcher die Entwicklungen der erwähnten Klimaphänomene abgeschätzt werden können, ist sehr unterschiedlich. Sie ist vor allem abhängig von der Komplexität der damit verbundenen physikalischen Prozesse und der Anzahl der beteiligten Faktoren. Vergleichsweise gut abschätzbar, beziehungsweise in Klimamodellen simulierbar, sind globale Mittelwerte sowie die Temperatur und damit verbundene Extremwerte wie Hitzewellen oder Hitzetage. Grund dafür ist, dass die Temperatur relativ gleichförmig verteilt ist, und Messungen deshalb für relativ grosse Flächen repräsentativ sind. Vergleichsweise schwierig sind Aussagen zu regionalem Klimawandel und Phänomenen, die mit Änderungen der Windströmungsmuster oder mit dem Wasserkreislauf verbunden sind.

Unterschiedliche Vorhersagbarkeit

In der Schweiz ist der Klimawandel in einigen Grössen bereits heute klar sichtbar. Dies betrifft vor allem diejenigen Bereiche, in denen die Temperatur relevant ist. Es sind dies die Temperatur selber sowie die Schmelzprozesse im Gebirge, vor allem bei den Gletschern und beim Permafrost

sowie in der Schneebedeckung. Im Bereich des Wasserkreislaufs und der Extremereignisse sind die natürlichen Schwankungen so gross und die Prozesse so kleinräumig, dass die Aussagen sowohl zu den beobachteten Trends als auch zur zukünftigen Entwicklung zwangsläufig viel unsicherer sind. Es gibt jedoch einige physikalische Prozesse und Phänomene, die gewisse Veränderungen bei den Niederschlägen, inklusive der damit verbundenen Extreme, als sehr wahrscheinlich erscheinen lassen und auch in den Resultaten der Klimamodelle relativ klar heraustreten.

Fazit

Gewisse Veränderungen betreffen die Schweiz überdurchschnittlich und andere kaum. Aufgrund ihrer Topografie ist die Schweiz von Phänomenen im Zusammenhang mit der Gletscherschmelze, dem Auftauen von Permafrost und der Reduktion des Schneefalls überdurchschnittlich betroffen. Dabei spielt der so genannte Albedo-Effekt im Alpenraum eine wichtige Rolle: Aufgrund der schwindenden Schneedecke wird vom Boden

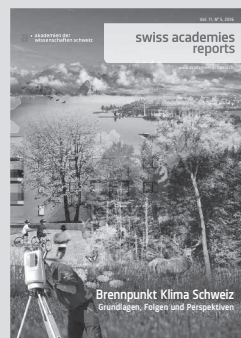
mehr Wärme absorbiert und damit die Erwärmung verstärkt. Grund dafür ist, dass heller Schnee den grössten Teil der Einstrahlung reflektiert, während dunkler Boden die Strahlung mehrheitlich aufnimmt. Im Sommer spielen auch Rückkopplungen mit dem Bodenfeuchtegehalt für Hitzeextreme eine wichtige Rolle: Bei trockenen Böden führt die Energie, die normalerweise für die Verdunstung verwendet wird, zu einer zusätzlichen Erhöhung der Lufttemperatur. Von mittleren Niederschlagsveränderungen ist die Schweiz hingegen weniger betroffen als zum Beispiel viele Entwicklungsländer in den Tropen und Subtropen. Eine Ausnahme bildet der Sommer, wo die Abnahme der Niederschläge substanziell sein könnte (bis gegen 30 Prozent). Keine direkten lokalen Folgen haben hierzulande Veränderungen im Ozean, insbesondere der Anstieg des Meeresspiegels. Diese Veränderungen können jedoch indirekte Auswirkungen auf die Schweiz haben, weil dadurch zum Beispiel in armen Regionen Krisen und Probleme ausgelöst werden können, die den Migrationsdruck auf die Schweiz erhöhen. ■

Kurzbezeichnungen von Foren, Konferenzen, Organen

Proclim: ProClim ist das Forum für Klima und globale Umweltveränderungen. ProClim dient als Schnittstelle zwischen Wissenschaft, öffentlicher Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit.

OcCC: Das Beratende Organ für Fragen der Klimaänderung. Es hat den Auftrag, Empfehlungen strategischer Art zu Fragen der Klimaänderungen und zur Schweizer Klimapolitik aus Sicht der Wissenschaft zu Händen von Politik und Verwaltung zu formulieren.

IPCC: Intergovernmental Panel on Climate Change oder auch Klimarat genannt.



Kostenloser Bezug

Der Bericht kann kostenlos bezogen werden:
<http://www.akademien-schweiz.ch/index/Publikationen/Swiss-Academies-Reports.html>

Für detailliertere Inhalte und alle Quellenangaben verweisen wir auf den Originalbericht unter dem angegebenen Link.

Atomkraftwerke abschalten

Hansruedi Küttel

Nie wieder Tschernobyl. Proteste gegen Castor-Transporte. Betriebsbewilligung für Schweizer AKWs verlängert trotz von der ENSI beanstandeter Mängel. Lobbyisten im Bundeshaus. Fukushima: Desaster ohne Ende.

Das Thema beschäftigt nicht nur die Schweiz. Im Gegensatz zu EinwohnerInnen anderer Länder haben wir aber das Initiativrecht.

Die Eidgenössische Volksinitiative «Atomkraftwerke abschalten – Verantwortung für die Umwelt übernehmen» erinnert die Schweizer Stimm-

trieb von Atomkraftwerken verstösst also gegen die Menschenrechte. Es existiert nicht einmal eine Haftung der Verursacher im Katastrophenfall. Was das Umweltrisiko betrifft, hätte die Schweiz längst die Stilllegung der AKWs durchführen müssen, denn das statistische Risiko einer akut

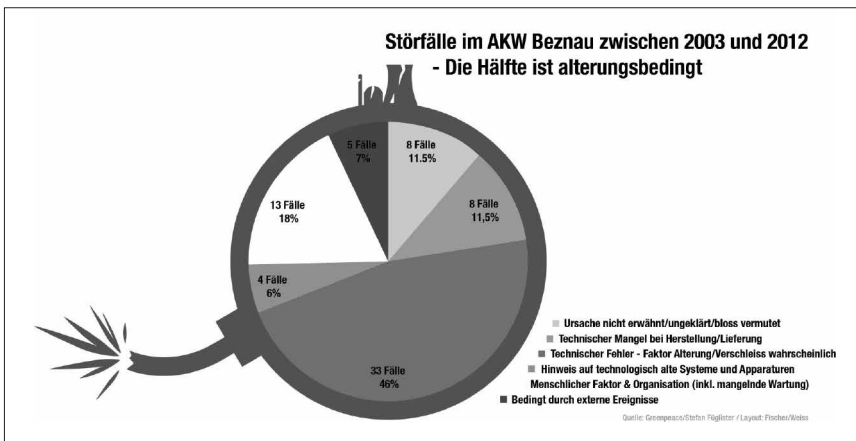
und besonders auf die Nutzung der erneuerbaren Energien.

In einem weiteren Artikel wird die Übergangsbestimmung zu Art. 90 formuliert:

Die vorhandenen Atomkraftwerke werden wie folgt endgültig ausser Betrieb genommen: AKW Gösgen 2024, AKW Leibstadt 2029; AKW Beznau 1, AKW Beznau 2, AKW Mühleberg: ein Jahr nach Annahme der Änderung von Artikel 90 durch Volk und Stände. Die vorzeitige Ausserbetriebnahme eines Atomreaktors aus Sicherheitsgründen bleibt vorbehalten.

Der Zeitplan

Nach der Vorprüfung der Initiative durch die Bundeskanzlei begann im Mai 2017 die Unterschriftensammlung. Die Sammelfrist läuft am 16. November 2018 ab. Nach den ersten sechs Monaten war die Sammelausbeute für die Initianten ernüchternd. Das Komitee kann und will nicht mit bezahlten Unterschriftensammlern arbeiten, die pro Monat 10000 Unterschriften zu sammeln anbieten. Für einen Erfolg der Initiative ist also die Unterstützung all derer nötig, die begriffen haben, wie dringend der Ausstieg ist. ■



Ursachen der Störfälle in Beznau. (Bild Greenpeace)

bürgerinnen und Stimmbürger daran, dass mit dem Ja zur «Energierategie 2050» die Gefährlichkeit der Schweizer Atomindustrie für uns, unser Land und unsere Zukunft kein bisschen kleiner wurde. Deshalb müssen wir die Entscheidung über den geregelten Ausstieg aus der Atomenergie an die Urne bringen, gerade weil die Classe politique dies nicht für nötig hält.

Warum abschalten?

Das von jedem Atomkraftwerk ausgehende Risiko ist für das Land und die Umwelt so gross, dass die Schweiz es im Ernstfall nicht tragen kann. Bei einem ernsthaften Unfall in einem Atomkraftwerk verlieren die Menschen automatisch ihre Rechte, ihr Hab und Gut, ihre Heimat und ihre Zukunft – von der Gesundheit ganz zu schweigen. Der hoch riskante Be-

lebensbedrohlichen Verstrahlung der Umwelt steigt mit jeder Betriebsstunde. Der Schaden, der ewig da sein wird, bleibt ohne jede Möglichkeit einer Wiedergutmachung.

Die Initiative

Der Wortlaut des vorgeschlagenen Artikels 90 sagt es klar: Der Betrieb von Atomkraftwerken zur Erzeugung von Strom oder Wärme ist verboten. Der Bau oder die finanzielle Beteiligung am Bau von Atomkraftwerken im Ausland zur Belieferung des Schweizer Energiemarktes ist für schweizerische juristische Personen des privaten oder des öffentlichen Rechts ebenfalls verboten. Die Ausführungsgesetzgebung orientiert sich an Artikel 89 Absätze 2 und 3; sie legt den Schwerpunkt auf die effiziente und sparsame Nutzung von Energie



Das sprechende Logo des Komitees. (Bild Initiativkomitee)

Die Initianten

Komitee: Verein Atomkraftwerke Abschalten Schweiz

Wortlaut der Initiative:

<https://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis475t.html>

Unterschriftenbogen:

<https://www.atomkraftwerke-abschalten.ch>



26

Ein flotter Rabatt

Kriminelle Elemente haben scheinbar den Account von Finanzdirektor Tännler gehackt. In seinem Namen wurde eine haarsträubende Nachricht versandt. Hat er noch nichts davon erfahren? Eine Richtigstellung erfolgte bis Redaktionsschluss nicht.

«Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, gerne informieren wir Sie darüber, dass ...» so beginnt die Mail des Finanzdirektors an die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung. «...Der Regierungsrat hat [...] entschieden, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung bei einem privaten Kauf eines Neuwagens ab sofort Flottenrabatt geltend machen können [...]. Die Rabatte variieren je nach [...]. Bei einigen Markenvertretern wurde bereits ein entsprechender Vertrag unterschrieben. [...] Sollten Sie vor kurzer Zeit ein Auto gekauft haben, [...], ob allenfalls noch nachträglich [...].»

«Fake News?»

Abklärungen der Redaktion haben nun aber gezeigt, dass obige Mail echt ist! Reka-Checks (Unterstützung der Benutzung des ÖV) können die Angestellten nicht mehr vergünstigt beziehen, der Finanzdirektor geht neue Wege. Er unterstützt mit einem «Deal» den Autokauf, was wohl den Kanton nichts

kostet. Weitere «Deals» sind vielleicht schon in Vorbereitung: Flugmeilen als Bonus, Heizölrabatt für alle, Benzinvergünstigung an allen Tankstellen im Kanton – «Zug First» – könnten folgen. Die Umwelt ächzt. Und wir? Wir finden es zum Heulen!

Almost There

Montag, 8. Januar,
20 Uhr,
Kino Gotthard

Im Herbst des Lebens steht man(n) vor schwierigen Fragen: Was mache ich jetzt? Wie und wo finde ich neue Lebensinhalte? Gibt es ein Mittel gegen Einsamkeit? Jacqueline Zünd begleitet drei Männer bei ihrer Suche nach Antworten. Ihr Film überzeugt mit ergreifend schönen Bildern, subtilen Übergängen und kargen, eingestreuten Sätzen von Sibylle Berg. Ein unaufgeregter, leicht melancholischer Film, der das Publikum in der tröstlichen Gewissheit entlässt, dass das Alter die Chance für neues (Er-)Leben ist. Jacqueline Zünd ist im Kino anwesend.



Anders als die Väter

Montag, 12. Februar,
20 Uhr,
Kino Gotthard

Markus Baumann und Hugo Sigrist besuchen Bauernbetriebe, die neue Wege beschreiten. Auf teilweise abgelegenen Höfen finden sie z.B. Bisons, Wasserbü-

fel, Lamas, Alpakas, schottische Hochlandrinder und Rentiere. Im Film werden aber auch die Halter dieser Tiere vorgestellt, wie sie leben und arbeiten und warum sie ausgetretene Pfade verlassen haben, eben «Anders als die Väter. Bauer Luginbühl hat darauf eine lakonische Antwort: «Wer nicht mit der Zeit geht, der geht mit der Zeit». Vorstellung in Anwesenheit der Filmemacher.



Entschuldigung

Im Bulletin 3/2017 habe ich den Film «Meine Brüder und Schwestern im Norden» angekündigt, der dann doch nicht bei FLIZ zu sehen war. Die Regisseurin hatte kein Interesse an einem Besuch in Zug. Bei LeserInnen, die deswegen am 11. Dezember «im falschen Film» sasssen, entschuldige ich mich hiermit herzlich.

Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliebhaberInnen
Zug



Mittwoch, 6. Dezember, Alternative Monatsbar im Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug ab 18.30 Uhr Syrische Flüchtlinge kochen 19.30 Uhr der Samichlaus kommt 20 Uhr Austausch zur Zuger Velonetz-Initiative und Gründung der Arbeitsgruppen

Mittwoch, 3. Januar, Alternative Monatsbar im Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug ab 18.30 Uhr Feines von den Köchinnen und Köchen einer Ortsgruppe 20 Uhr Kurzreferat zum neuen Sparpaket «Finanzen 2019»

Mittwoch, 10. Januar Der 100er-Club der Jungen Alternative lädt zum Essen ein. Mitglieder werden postalisch eingeladen.

Mittwoch, 31. Januar, Alternative Monatsbar vorgezogene Alternative Monatsbar im Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug ab 18.30 Uhr Feines von den Köchinnen und Köchen einer Ortsgruppe 20 Uhr Podium zur No-Billag-Initiative

Januar und Februar Die Arbeitsgruppen «Initiativtext» und «Kampagne» der Zuger Velonetz-Initiative treffen sich laufend. Interessierte sind herzlich eingeladen, spontan mitzuwirken. Anmeldungen nimmt das Sekretariat entgegen.

Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug
Metallstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen Zug:
Mo und Do 9–16 Uhr
E-Mails an:
info@alternative-zug.ch
werden von Mo–Fr
bearbeitet.

Alternative – die Grünen Baar
Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Menzingen
Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri
Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri
Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grünes Forum Hünenberg
Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz
(ehemals Gleis 3 Alternative Risch)
Heinz Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen
Edith Seger Niederhauser
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Junge Alternative Zug
Konradin Franzini und
Gurbetelli Yener
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Krifo Alternative Cham
Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat
www.alternativfraktion.ch

Grüne Partei Schweiz
www.gruene.ch

Facebook 
fb.com/AlternativeZug

Twitter 
@AlternativeZG

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen.

BULLETIN
Nr. 4, 19. Dezember 2017
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Hansruedi Küttel
Lorenzo Martinoni

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorin: Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cycclus Print
(100% Recycling-Papier)

Titelbild: Paula Gisler

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6300 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 1/2018:
Freitag, 2. März 2018

Erscheinungsdatum
Freitag 24. März 2018

DAS BULLETIN
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metalstrasse 5, 6300 Zug

